Werk

Titel: Buchbesprechungen

Ort: Hamburg

Jahr: 1997

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?884817873_0012|LOG_0017

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

klassische Musik. Die Carabinieri freilich erstatteten regelmäßig gegen alle daran Beteiligten Anzeige wegen irgendwelcher angeblicher Gesetzesverstöße.

Die traditionsreiche demokratische Kultur Mailands scheint wieder erwacht zu sein. Sie wird aber noch viele Herausforderungen zu bestehen haben: zum einen die sezessionistische Bewegung der Lega Nord, zum anderen die Arbeitslosigkeit, die Wiederbelebung einer Notstandsstrategie, die die Macht immer mehr auf Justiz und Polizei verlagert und unter dem Vorwand, es seien Staatsfeinde zu bekämpfen, den Rechtsstaat aushöhlt. Gestern wurde der linke Terrorismus bekämpft, heute die Mafia — und morgen wird es die separatistische Bewegung von Umberto Bossi sein. Hier können Jugendzentren als Werkstätten der theoretischen und politischen Analyse eine wichtige Rolle spielen: für die Untersuchung der »post-fordistischen« Produktionsweise, für die Erforschung und Dokumentation der neuen Arbeitsformen. Diskussionsthemen werden in den Jugendzentren fast wie im Labor vorgeprüft und erst dann auf die nationale Ebene übertragen. Auch diese Aktionen sind in dem Buch in Wort und Bild dokumentiert.

Sergio Bologna

Buch-besprechungen

Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1995, 556 Seiten, DM 78,–

STUDENTEN im Dritten Reich: Das waren die siegestrunkenen Anhänger des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, die im Mai 1993 in einem Autodafé die Bücher der liberalen Intelligenz auf den Scheiterhaufen warfen und damit den Abschied Deutschlands aus der zivilisierten Welt signalisierten. Studenten im Dritten Reich: Das waren die Geschwister Scholl und ihre Freunde unter der »Weißen Rose«, die bei Einsatz ihres Lebens die Rückkehr zur Zivilität forderten: »Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten«. Studenten im Dritten Reich: Das waren die vielen tausend jungen Frauen und Männer, die zwischen 1933 und 1945 an den deutschen Hochschulen manchmal begeistert, meist fügsam, immer öfter aber lustlos und desinteressiert politische Schulung, Landeinsatz und Wehrsport mit ihrer wissenschaftlichen Ausbildung vereinbaren mußten.

Michael Grüttner, Privatdozent an der Technischen Universität Berlin und bereits durch seine früheren Studien zur Geschichte der Hamburger Hafenarbei-

ter als Sozialhistoriker bestens ausgewiesen, gelingt es mit seiner Gesamtdarstellung von Politik und Lebenswelt an den Hochschulen unter dem Nationalsozialismus überzeugend, solch gegensätzliche Aspekte studentischer Existenz in einer konzisen Darstellung zu beschreiben. Sie basiert auf einem breiten Quellenfundus wie auf einer umfassenden Auswertung der Spezialliteratur zum Hochschulwesen im NS. Einige Vorzüge des Buches seien gleich vorweg genannt: In flüssiger und gut lesbarer Sprache verflicht der Autor ohne Schematismus politik-, sozial- und mentalitätsgeschichtliche Gesichtspunkte zu einer komplexen Darstellung, ohne sich im Detail zu verlieren. So gelingt es ihm, sehr unterschiedliche Ebenen abzuhandeln und aufeinander zu beziehen: Die politischen Organisationen und Akteure im polykratischen Dschungel der NS-Diktatur werden ebenso faßbar wie die anonymen Arbeitsmarkttrends des »Akademikerzyklus«, dessen Boom- und Basisphasen die Berufs- und Karrierechancen ganzer Studentengenerationen entschieden. Das soziale Milieu der Ordinarien- und Korporationenuniversität unter dem Druck totalitärer Umgestaltung wird plastisch geschildert und präzise analysiert.

Im Einklang mit der neueren NS-Forschung ist Grüttner skeptisch gegenüber schlichten Dichotomien, die die Bevölkerung säuberlich in Täter und Opfer, Befürworter und Gegner, Herrscher und Beherrschte sortieren. Viel öfter als es einem Denken lieb ist, das nach klaren Verhältnissen verlangt, lag beides eng beieinander und verband sich in einer Person: Mitmachen und Dissens, Ablehnung der penetranten Agitation des NS-Studentenbundes und selbstverständliche Hinnahme von Krieg und Judenverfolgung. Und auch wenn es der Jargon der Unbedingtheit in den NS-Verlautbarungen anders suggerierte, war diktatorische Herrschaft an den Universitäten des Dritten Reiches nicht nur Befehl und Gehorsam, sondern auch ein manchmal kompliziertes Interaktionsverhältnis zwischen politisch-ideologischen Zielen, den Machtgelüsten der kleineren und größeren Führer und der Masse der Studenten, die durch Mitmachen, Passivität oder erkennbare Widerwilligkeit die Handlungen der Mächtigen durchaus beeinflussen konnte.

Die Frage nach dem Wechselverhältnis von diktatorischer Neuordnung der Universität auf der einen und Lage, Mentalität und Haltungen der Studentinnen und Studenten auf der anderen Seite durchzieht als roter Faden die ganze Studie. Auch wenn der erste Teil des Buches eher den politischen Organisationen und Akteuren gewidmet ist und der zweite Teil Lebenswelt und Handlungschancen der Studierenden selbst in den Vordergrund rücken soll, läßt sich eine saubere Trennung beider Aspekte nicht recht durchhalten; zu sehr waren Politik, Struktur und Alltag ineinander verwoben.

Unter den politischen Akteuren hebt der Autor den »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund« (NSDStB) und seinen Ableger, die »Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen« (ANSt), besonders hervor. 1926 als Arm der NSDAP an den Hochschulen gegründet, konnte der NSDStB bereits in der Endkrise der Weimarer Republik bei den ASTA-Wahlen die nationalistisch-republikfeindliche Grundstimmung in der Studentenschaft zu sehr beachtlichen Stimmanteilen von weit über 40 Prozent bündeln. Seine große Stunde schlug in der Phase »revolutionärer« Machteroberung 1933/34, als er zum eigentlichen Motor der Gleichschaltung an den Universitäten wurde. Mit der Arroganz der neugewonnenen Macht

und — wie Grüttner sehr hervorhebt — relativ autonom und von der Parteispitze unkontrolliert, eskalierte der NSDStB die Eroberung der Hochschulen zu einem äußerst aggressiv geführten Generationenkonflikt, der die selbstgefälligen Ordinarien zutiefst verunsicherte: »Wir sehen uns mit genau derselben Frechheit, wie einst als SA-Leute auf der Straße, heute im Hörsaal um und entscheiden, ob ein Professor bleiben kann oder nicht ... Wir Jungen haben die Hochschule in der Hand und können daraus machen, was wir wollen«, so der Führer des Leipziger NSDStB im Juni 1933 (S. 74). Ähnlich wie bei der SA hielt diese Konquistadorenstimmung freilich nur so lange, bis sich das NS-Regime konsolidierte und Hitler die »Revolution« für beendet erklärte. Eine Institutionalisierung der eroberten Macht gelang dem NSDStB schon nicht mehr. Im polykratischen Konflikt der folgenden Jahre zog er vielmehr gegenüber der staatlichen Bürokratie den kürzeren und konnte seine Position erst ab 1936 unter seinem neuen Führer Scheel festigen und ausbauen. Ohne den dynamischen Schwung der Bewegungszeit mutierte der NSDStB zu einer zwar mitgliederstarken, aber dem studentischen Leben äußerlichen, lästigen »Behörde«, die sich der Masse ihrer Angehörigen immer mehr entfremdete.

Die Politisierung des Studiums und des studentischen Lebens verfolgt Grüttner auf unterschiedlichen Ebenen: Die — bei weitem nicht vollständige — Erfassung der Studenten im NS-Studentenbund, die nicht sehr erfolgreichen Versuche zur ideologischen Ausrichtung der Lehre und die wirksame Vertreibung der oppositionellen und jüdischen Studierenden werden geschildert. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Untersuchung den Versuchen einer totalitären Stillegung des studentischen Milieus. Am spektakulärsten war wohl der schnell gescheiterte Plan, die Studierenden aus ihrer individualisierten Lebensweise herauszureißen und in »Kameradschaftshäusern« zu kasernieren und disziplinierten Wohngemeinschaften zusammenzuzwingen. Nicht zuletzt Hitlers Homosexuellenphobie stoppte diesen Plan.

Zunächst erfolgreicher verlief die Zerschlagung der elitären Korporationen, die die Mehrheit der männlichen Studenten erfaßten und in hohem Maße prägten. Obwohl diese sich 1933 teils opportunistisch, teils mit ganzem Herzen gleichgeschaltet hatten, wurden sie Mitte der dreißiger Jahre aufgelöst. Weniger die politische Haltung der Verbindungen, die sich in sehr vielem mit der NS-Ideologie vertrug, als vielmehr ihr antiegalitäres Gehabe und überhaupt ihr Anspruch auf Organisationsautonomie waren den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Bezeichnenderweise war der Schlag gegen die Korporationen ein Pyrrhussieg. Er schwächte die Bodenhaftung des NSDStB in der Studentenschaft und konnte überdies nicht verhindern, daß während des Krieges vielerorts eine schleichende Restauration des Verbindungslebens im Gewand der NS-Kameradschaften einsetzte.

Zeichnen sich schon hier Grenzen der totalitären Formierung ab, so werden diese mit Blick auf die strukturellen Dimensionen studentischer Existenz noch deutlicher. Bis gegen Ende der dreißiger Jahre sank die Zahl der Studenten dramatisch. Eine durch den Antisemitismus, männlichen Chauvinismus und Antiintellektualismus der NSDAP begünstigte, sehr restriktive Zulassungspolitik sollte die »Überfüllungskrise« in den akademischen Berufen beenden. 1937/38 kippte diese Abschreckungspolitik angesichts drohender Nachwuchsknappheit zugunsten einer Werbung für wissenschaftliche Ausbildungsgänge um. Hiervon profi-

tierten in den folgenden Jahren auch die seit 1933 unter starkem Verdrängungsdruck stehenden Frauen. Ungeachtet aller NS-Phrasen von der weiblichen Bestimmung zu Mutterschaft und Familie hatte der Studentinnenanteil an den Universitäten 1939 wieder den Ausgangswert von 1933 erreicht und stieg bis Kriegsende auf bis dahin beispiellose 47 Prozent. Diese stark kriegsbedingte Feminisierung der Studentenschaft als NS-geförderte »Modernisierung« zu verbuchen, hat, so Grüttner, dennoch wenig Sinn. Eher gab das Regime unter dem Zwang der selbstgeschaffenen Verhältnisse dem langfristigen Grundtrend zur Öffnung der akademischen Berufe auch für Frauen nach.

Sowenig es gelang, die Frauen aus den Hochschulen zu verdrängen, sowenig schafften es die Hochschulpolitiker des Stabes Heß und des Reichserziehungsministeriums, ihren vollmundigen Versprechungen von der sozialen Öffnung der Universität Taten folgen zu lassen. Auch wenn der egalitäre, antibürgerliche Impetus der NS-Hochschulpolitik durchaus ernst zu nehmen ist, wurde er ohne großes Engagement verfolgt. Auch nach 1933 blieben Arbeiterkinder an den Hochschulen mit unter vier Prozent exotische Ausnahmen. Faktisch nahm sogar der Anteil der Studentinnen und Studenten aus bürgerlichen Elternhäusern, der in der Weimarer Zeit zugunsten von Mittelschichtkindern gesunken war, erneut zu. Die geringe soziale Durchlässigkeit des höheren Schulwesens, die bis Ende der dreißiger Jahre abschreckend schlechten Berufschancen für Akademiker und die soziokulturelle Exklusionskraft der Hochschule als Milieu sicherten die soziale Homogenität der Studentenschaft. Daran konnten auch Sonderprüfungen für Fachschüler und Begabtenprüfungen, die qualifizierten jungen Leuten ohne Abitur den Quereinstieg öffnen sollten, nicht viel ändern. Auch das »Langemarck-Studium«, das linientreue Arbeiterkinder in einem anderthalbjährigen Vorstudienkurs auf das Studium ohne Abitur vorbereitete, blieb quantitativ bedeutungslos. Die soziale Öffnung der Universität gelang erst nach 1945: In Ostdeutschland seit Ende der vierziger Jahre mit einer Politik gezielter Gegenprivilegierung von Arbeiterkindern und der Diskriminierung bürgerlicher Studienbewerber, in Westdeutschland seit den sechziger Jahren im Zuge der enormen Bildungsexpansion.

Die politische Haltung der Studentinnen und Studenten, die an verschiedenen Stellen der Studie beleuchtet wird, unterlag in den zwölf Jahren des »Dritten Reiches« wie die der übrigen deutschen Bevölkerung nicht geringen Schwankungen. Die beträchtliche Unterstützung der NS-Studentenorganisation am Ende der Weimarer Republik und in der Machtergreifungsphase begann sich bald abzukühlen. Eher desinteressiert, lustlos und oft pro forma machte man die politischen Schulungen und andere Maßnahmen zur ideologischen Durchdringung des privaten Lebens mit. Von Enthusiasmus war bei den meisten Studenten bald nicht mehr viel zu spüren. Im »individuellen Dissens« versuchten viele sich den Zumutungen des Regimes, so gut es ging und ohne anzuecken, zu entziehen. Deutlichere Konturen hatte der von Grüttner hiervon abgesetzte »sozialelitäre Dissens«, in dem Teile des alten Bildungsbürgertums ihre Exklusivität gegenüber dem »plebejischen Habitus« der NS-Bewegung zu sichern versuchten, und der »weltanschauliche Dissens«, der vor allem von den Theologiestudenten getragen wurde.

In widerständiges Handeln gingen diese verbreiteten Mißstimmungen freilich äußerst selten über. Im Gegenteil. Grüttner hebt in Absetzung von Michael

H. Katers These, daß die Studenten sich zu den kompromißlosesten Gegnern des Hitlerregimes entwickelt hätten, deren anhaltende, wenn auch sicherlich oft »widerwillige« Grundloyalität hervor, die gerade im Krieg durch einen selbstverständlichen Nationalismus fundiert wurde. Aktiver Widerstand, gleich ob kommunistisch oder sozialdemokratisch, ob christlich oder humanistisch motiviert, blieb auf winzige Minderheiten beschränkt. Wie gering deren Resonanz war, zeigte sich, als selbst die für ihre bestenfalls mürrische Folgebereitschaft bekannten Münchener Studenten der Verhaftung der Geschwister Scholl in einer gespenstischen Kundgebung frenetisch applaudierten. Bewußte politische Gegner des NS waren es nicht, die sich in den Hörsälen versammelten. Grüttner macht eine andere Deutung plausibel: In gewisser Weise antizipierten die emsigen, konfliktscheuen, berufsorientierten, der politischen Mobilisierung überdrüssigen Studenten den Sozialtypus der Wiederaufbaugeneration, die im Osten wie im Westen auf unterschiedliche Weise die fünfziger und sechziger Jahre prägte. So schreibt dieses Buch auch ein Stück Vorgeschichte der Nachkriegsgeschichte.

Insgesamt ist Grüttners Untersuchung ein gelungener Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der nationalsozialistischen Diktatur, der es versteht, Strukturen und Handlungen, Politik und Mentalitäten in ihrem komplexen Wechselverhältnis aufeinander zu beziehen. Seine differenzierte Sicht gewährt exemplarische Einblicke in Reichweite und Grenzen nationalsozialistischer Gesellschaftspolitik, die das geläufige Bild totalitärer Formierung korrigieren. »Vielmehr«, so der letzte Satz des Bandes, »scheiterten die nationalsozialistischen Studentenführer letztlich an ihren eigenen totalitären Ambitionen.«

Ralph Jessen

Gudrun Pischke, »Europa arbeitet bei den Reichswerken«. Das nationalsozialistische Lagersystem in Salzgitter, Archiv der Stadt Salzgitter, Salzgitter 1995, 461 Seiten, DM 60,–

DIE nationalsozialistische Industrieansiedlung der Reichswerke »Hermann Göring« mit ihrer Barackenstadt führen am Beispiel von Salzgitter vor Augen, daß der Nationalsozialismus im wesentlichen als Lagergesellschaft strukturiert war. Mit der nunmehr vorliegenden umfangreichen Fallstudie über das NS-Lagersystem in Salzgitter verbindet sich deshalb die Erwartung, daß die Rekonstruktion der lokalen Verhältnisse in eine Analyse der gesellschaftlichen »Lagerisierung« (Gudrun Schwarz) eingebettet wird.

Das vorliegende Buch läßt leider ein verwirrendes Bild zurück, das wohl nur zum geringeren Teil aus der Unübersichtlichkeit der in Salzgitter entstandenen industriellen Lagerlandschaft mit seinen mehr als 60.000 Bewohnern resultiert. Der Darstellung, die nacheinander die »Rahmenbedingungen«, die »Menschen« und die »Lager« zum Gegenstand der Betrachtung macht, mangelt es an dynamischen Strukturelementen, die die zugegebenermaßen komplexe und vielschichtige Entwicklung anschaulich machen würden. Zudem wurde auf eine analytische Begrifflichkeit verzichtet, so daß die Einzelbeobachtungen ohne inhaltliche Vermittlung bleiben. Überdies haben sich vermeidbare Ungenauigkei-

ten eingeschlichen. Das fängt damit an, daß dem Buch außer der Rekonstruktion der Lagertopographie keine erkennbare Fragestellung vorangestellt wird, und daß der Buchtitel »Europa arbeitet bei den Reichswerken« vermeintlich einen zeitgenössischen Ausspruch wiedergibt, obgleich es sich tatsächlich um eine selbstreferentielle Titelabwandlung des von Friedrich Didier im Frühjahr 1943 im Rahmen der vom Gobbels-Ministerium gelenkten antibolschewistischen Propagandaoffensive veröffentlichten Buches »Europa arbeitet in Deutschland« handelt.

Die Autorin schildert nichtsdestotrotz eingangs die Rahmenbedingungen im ganzen durchaus zutreffend, indem sie die Gründung der Reichswerke »Hermann Göring« als »Auslöser« der weiteren Entwicklung kennzeichnet. Des weiteren macht sie den Arbeitskräftebedarf der Reichswerke für die Rekrutierung einer großen Zahl von auswärtigen, zum größeren Teil im Ausland ausgehobenen Bau- und Produktionsarbeitern verantwortlich. Im Einklang mit dem Stand der Forschung unterteilt sie die Arbeitskräftebeschaffung des Konzerns in drei Zeitphasen (Vorkrieg, 1939–1941/42, 1942–1945) und gliedert so ihre Skizze. In ihren knappen Ausführungen zum Aufbau und zur Ausstattung der Lager geht sie allerdings von diesem Prinzip ab und führt statt dessen acht, im einzelnen nicht näher begründete Aufbauphasen der Massenunterkünfte ein, was der Übersichtlichkeit der Darstellung schadet.

Die Akribie, mit der die Autorin die Baurichtlinien für Baracken, die ausgegebene Verpflegung sowie die kulturelle Betreuung erforscht hat, bringt eine ganze Reihe von unbekannten Details, etwa über die Versorgungsschwierigkeiten in den aus dem Boden gestampften Gemeinwesen, aber auch über die Disziplinierung der Belegschaft ans Licht. Allerdings bleibt der Bezugsrahmen der bereitgestellten Informationen, zum Beispiel über die im Rahmen von »Wohnlagerwettbewerben« prämierten quasimilitärischen In-Reih-und-Glied-Pflanzungen der Vorgärten und Rabatten, recht verengt. Auch die tabellarische Übersicht über sogenannte Bummelanten und Fluchtfälle in den Jahren 1943–1945 hätte vielleicht nicht die wenig distanzierte Überschrift »Arbeitserziehung bei der Hütte Braunschweig« erhalten müssen.

Die mitunter verwirrende Detailtreue findet sich auch im Kapitel »Die Menschen« wieder. Unterteilt in fünf Unterkapitel, die die Deutschen, die Zivilarbeiter, die Lebensbedingungen, die Kriegsgefangenen und die Gefangenen und Häftlinge behandeln, breitet die Autorin ihr aus einem riesigen Aktenkonvolut gewonnenes Wissen über die Vielzahl von deutschen und ausländischen Arbeitskräftekategorien aus. Allein unter den Zivilarbeitern macht sie mehr als 15 Nationen aus. Neben der größten Gruppe der »Ostarbeiter« arbeiteten in Salzgitter Menschen aus faktisch allen von deutschen Truppen besetzten bzw. aus den mit dem Deutschen Reich verbündeten bzw. befreundeten Staaten, vereinzelt sogar Chinesen, Schweizer und Portugiesen.

Durch diese systematische, die jeweilige Nationalität und Kategorie betreffende Darstellung geht aber der innere Zusammenhang in der Entwicklung von der Wanderarbeit hin zur unfreien bzw. Zwangsarbeit verloren, und die tatsächlichen Unterschiede in der Behandlung der verschiedenen Arbeitskräftegruppen drohen in der Informationsflut unterzugehen. Aus diesem Grunde bleiben ihre Ausführungen über die Ausbeutung von Juden (S. 290f.) vollständig isoliert, zumal sich gerade am Beispiel der Rekrutierung jüdischer Arbeitskräfte zeigen ließe, daß

der im Frühjahr 1941 geplante, aber nicht zustande gekommene Einsatz von 2.000 Juden aus dem sogenannten Warthegau in einen anderen Begründungszusammenhang gehört als die Nutzung von jüdischen KZ-ArbeiterInnen im Sommer 1944: Erstere sind nicht zwingend als »Gefangene und Häftlinge« anzusprechen, wiewohl der Zwangscharakter des Einsatzes dieser Arbeitskräfte durch Umvolkungsfunktionäre und Arbeitslenkungsbehörden außer Frage steht.

Neben der mitunter mangelnden Exaktheit sorgt vor allem die sprachliche Darstellungsform für manches Ärgernis. Die langatmigen Ausführungen über die Beschäftigungszahlen der verschiedenen nationalen Gruppen wären wohl in einer Tabelle besser aufgehoben gewesen.

Dennoch ist das Buch, zum Beispiel zum Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener, durchaus mit Gewinn auszuwerten. Hier zeigt Gudrun Pischke, daß die Reichswerke, obwohl deren Generaldirektor Paul Pleiger im Sommer 1941 bei Hitler für die Genehmigung des betrieblichen Arbeitseinsatzes von sowjetischen Kriegsgefangenen gesorgt hatte, im Herbst 1941 nicht in besonderem Maße mit dieser Arbeitskräftekategorie versorgt wurde. Die detailreiche Publikation zeichnet sich außerdem dadurch aus, daß die Lebensverhältnisse der polnischen, französischen, südosteuropäischen, italienischen, slowakischen und der britischen Kriegsgefangenen materialgesättigt dargestellt werden. Auf der Grundlage der Arbeiten von Gerd Wysocki gibt die Autorin weiterhin in kompakter Form über die Geschichte der Zwangsinstitutionen, des Arbeitserziehungslagers »Lager 21« und die KZ-Kommandos in Drütte und Umgebung, Auskunft. Abschließend werden die mehr als 66 Reichswerke-Lager und die mehreren Dutzend Massenunterkünfte im Reichswerke-Gebiet, die von Baufirmen etc. errichtet wurden, kurz beschrieben.

Doch obwohl beispielsweise ihre Quantifizierung der Sterbefälle — insgesamt handelt es sich um rund 4.000 Todesopfer — wichtige Hinweise auf die (Über-)Lebensverhältnisse der verschiedenen Personengruppen liefert, vermag das Gesamtergebnis des Buches letztlich nicht zu überzeugen. So fehlt beispielsweise eine angemessene Berücksichtigung der hohen Fluktuation unter den Lagerbewohnern, dieser neuen Form der »Arbeiter-Bewegung«. Insgesamt bleibt die Vielgestaltigkeit der Lebenswelten im Lager außen vor. Die Vermessung der Lagertopographie — bedauerlicherweise liegt dem Buch keine Karte bei — und die Zählung bzw. Kategorisierung der Bewohner allein kann eine Analyse der tatsächlichen Verhältnisse nicht ersetzen.

Überhaupt drängt sich der Eindruck auf, daß durch die neohistoristische Darstellungsmethode das Spezifikum des NS-Lagersystems, dessen Einbindung in die Dichotomie von Arbeit und Zwang, in den Hintergrund tritt. Insbesondere die halbherzige Einbeziehung der Nachkriegszeit, in der die Massenunterkünfte von deutschen Vertriebenen und Flüchtlingen sowie von sogenannten Displaced Persons bewohnt wurden, stuft das NS-Lagersystem zum ahistorischen Barakkenlager herunter: »In den Baracken hatten seit 1937 Menschen gelebt und gelitten, physisch und psychisch. Etwa viertausend fanden den Tod: in den Baracken, auf den Arbeitsstellen oder sonst im Stadtgebiet. Nachdem das ›Tausendjährige Reich‹ nach zwölf langen Jahren zusammengebrochen war, begann für viele, mußte beginnen, in den Baracken Salzgitters ein neuer Lebensabschnitt« (S. 29). Damit leistet die dankenswerterweise mit zahlreichen Illustrationen und zeitgenössischen Fotos ausgestattete Publikation unbeabsichtigt einen Beitrag

zur Kultur des nivellierenden Einräumens und damit zum Normalisierungsdiskurs.

Manfred Grieger

Hanan Ashrawi, Ich bin in Palästina geboren, Siedler Verlag, Berlin 1995, 347 Seiten, DM 39,80
Uri Avnery, Zwei Völker — Zwei Staaten. Gespräch über Israel und Palästina, Palmyra Verlag, Heidelberg 1995, 200 Seiten, DM 29,80
Reiner Bernstein/Jörn Böhme (Hg.): »Ein nationalbewußter Jude muß Linker sein«, Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten, Band 24, Wochenschau Verlag, Schwalbach im Taunus 1995, 182 Seiten, DM 34,80

FAST hätten die Mitglieder der palästinensischen Delegation bei den Nahost-Friedensverhandlungen den großen Akt vor dem Weißen Haus versäumt: Jemand hatte vergessen, den Sicherheitsbeamten ihre Namen für die Durchlaßerlaubnis zu geben. Und so hätten beinahe gerade diejenigen, die »das Unmögliche möglich gemacht hatten«, den historischen Handschlag zwischen dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin und PLO-Chef Arafat am 13. September 1993 nur als Zaungäste verfolgen können. Dank Hanan Ashrawis Überredungskünsten konnte die Delegation zwar noch in letzter Minute an der Zeremonie teilnehmen, doch ein Funken Bitterkeit blieb: »Wir (waren) von Akteuren zu Zuschauern geworden«.

Nachzulesen ist diese Episode in Ashrawis Autobiographie »Ich bin in Palästina geboren«, im englischen Original weitaus treffender mit »This side of peace« betitelt. Die Palästinenserin Ashrawi, eloquente Sprecherin der palästinensischen Delegation, schildert darin ihre Erfahrungen und ihre Sicht vom Geschehen hinter den Kulissen. Ihren Bericht vom zähen Verlauf der israelisch-palästinensischen Verhandlungen, die am 30. Oktober 1991 in Madrid begonnen hatten, bettet Ashrawi in autobiographische Notizen. 1946 in Nablus geboren, wuchs sie in Ramallah, der heutigen Westbank auf. An der amerikanischen Universität von Beirut studierte sie englische Literatur. Hier erlebte sie 1967 auch die Besetzung ihres Landes durch israelische Truppen. Weil ihr die israelischen Behörden die Rückkehr in die Heimat verwehrten, promovierte Hanan in den USA. Im Rahmen einer Generalamnestie für Palästinenser kehrte sie 1974 in die Westbank zurück und unterrichtet seitdem an der anglistischen Fakultät der Birzeit Universität. Politisiert durch die Intifada, den Palästinenseraufstand, der 1987 ausbrach, setzte sich Ashrawi für die Aufständischen ein, hielt aber weiter Kontakt zu israelischen Freunden wie etwa der Rechtsanwältin Lea Tsemel. Als Frau und Christin, ausgestattet mit außergewöhnlichem rhetorischen Talent, war sie für den Posten der Sprecherin bei den Nahostverhandlungen prädestiniert. Wie keine andere verstand sie es, der Öffentlichkeit die palästinensische Position und die menschlichen Dimensionen des Konflikts zu vermitteln: »Ich hatte keine Angst vor der Presse und nie Lampenfieber«.

Zwei Jahre Nahostverhandlungen, das bedeutete für die Akademikerin eine Existenz als Jet-Setterin zwischen dem

Nahen Osten, Europa und den USA; nächtelange Sitzungen; das Verfassen von Reden, Memoranden und Verhandlungspapieren; wenig Schlaf und viele Zigaretten. Im Detail schildert Ashrawi die frustrierende »Korridor-Diplomatie« mit den Israelis, die von der Likud-Regierung unter Shamir die Anweisung erhalten hatten, die Verhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen. Das Verhandlungsklima besserte sich auch unter der anschließenden Labour-Regierung nur wenig. Vom vermeintlich neutralen Vermittler, den USA, erfuhren die Palästinenser wenig Entgegenkommen: »Baker und sein Team pendelten zwischen uns und den Israelis hin und her, in der einen Hand das Zuckerbrot, in der anderen die Peitsche ... Israel bekam das Zuckerbrot und wollte noch mehr; wir bekamen die Peitsche in Form morbider Prophezeiungen über die Konsequenzen eines Neins.«

Ashrawi verschweigt auch die Probleme nicht, die das palästinensische Verhandlungsteam bisweilen mit der PLO in Tunis hatte. (Da die Israelis sich weigerten, mit der PLO direkt zu verhandeln, durften ausschließlich Palästinenser aus den besetzten Gebieten an den Gesprächen teilnehmen. Arafat hielt seine Leute vorsorglich am kurzen Zügel, zum einen, um den Israelis klarzumachen, daß es an der PLO keinen Weg vorbei gab, zum anderen, um zu verhindern, daß die Delegation sich zu einer eigenständigen Führung entwickelte. Ashrawi verhehlt auch nicht ihre tiefe Enttäuschung darüber, daß die PLO-Führung die Delegation bis zum Schluß über die parallel verlaufenden Geheimverhandlungen im Dunkeln ließ, die schließlich zum Friedensabkommen in Washington führten. Die alte Delegation wurde anschließend nicht mehr gebraucht, bei allen Delegationsmitgliedern blieb zu Recht ein bitteres Gefühl zurück. Bei Ashrawi führte es leider dazu, daß sie ihren informativen Bericht immer wieder dazu nutzt, ihren Beitrag zur Friedensstiftung zu betonen, und dabei stellt sie sich oft allzusehr ins Zentrum des Geschehens. Auch gleiten ihre Beschreibungen Palästinas und seiner Menschen gelegentlich in Kitsch ab. Dennoch gibt es keinen Zweifel an Ashrawis historischen Verdiensten und an der wichtigen Rolle, die sie auch heute noch in der palästinensischen Gesellschaft spielt. Als Abgeordnete des neugewählten palästinensischen Autonomierats gehört sie zu denen, die vorsichtige Kritik an Arafats autokratischem Führungsstil üben.

Die Zahl derer, die jahrzehntelang für Frieden in der Region gekämpft und den Weg für eine Verständigung geebnet haben, ist groß. Nur wenige von ihnen sind der Öffentlichkeit bekannt oder gar für ihre Bemühungen geehrt worden. Einer von ihnen ist der israelische Friedensaktivist Uri Avnery. »Zwei Völker, zwei Staaten« heißt das »Gespräch über Israel und Palästina«, das der Verleger des Palmyra-Verlags, Georg Stein, mit dem Publizisten geführt hat. Avnery erläutert hierin vor allem das nach seiner Ansicht mangelhafte Friedensabkommen von Oslo. Der Leser erfährt dabei einige neue Details, die die Schwierigkeiten einer wirklichen Verständigung eindrücklich beleuchten.

Avnery antizipiert in diesem Buch, das bereits im vorletzten Jahr erschienen ist, viele der gegenwärtigen Probleme, so etwa, wenn er davon spricht, daß »die Straße in Israel ... ganz den Rechtsradikalen überlassen (ist)« — einer der Gründe für die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Rabin im November 1995. Auch seine Äußerungen über die Extremisten auf palästinensischer Seite sind hochaktuell: »In der Frage des Terrors kann ich Arafat nicht mit gutem Gewissen kritisieren, weil ich glaube, sei-

ne Art, die Sache zu behandeln, ist richtiger, als das, was die israelische Regierung von ihm fordert. Der Versuch, ... die radikalen Parteien irgendwie in den Prozeß zu integrieren, ist meines Erachtens ganz einfach richtig. Man kann sich auf Arafat verlassen, daß er davon weit mehr versteht als irgendein anderer, denn das ist seine Spezialität seit 40 Jahren.« Avnery sollte es wissen, denn bereits 1973 initiierte er Kontakte zur PLO. Während des libanesischen Bürgerkriegs 1982 traf er PLO-Chef Arafat in Beirut, damals eine Weltsensation. In Israel wurde er deshalb wegen Hochverrats angeklagt. Avnery, der sich bereits ab 1950 als Chefredakteur und Herausgeber eines Nachrichtenmagazins und später als Mitglied des israelischen Parlaments für eine Verständigung einsetzte, kennt die palästinensische Gesellschaft außergewöhnlich gut, er versteht ihre Probleme und kann sie dem Leser verständlich machen.

Das Avnery-Gespräch enthält auch viel Persönliches: Er wurde 1923 im westfälischen Beckum geboren. Damals hieß er noch Helmut Ostermann. 1933 emigrierte die Familie nach Palästina. Helmut alias Uri verließ schon nach dem siebten Volksschuljahr die Schule und schloß sich 15jährig der Untergrundbewegung Irgun an. Deren Einstellung zu den Arabern mißfiel ihm aber schon bald, er begann, seinen eigenen Weg zu suchen. 1949 kaufte er eine kleine Wochenzeitung, die bis 1990 jedes erdenkliche Tabu brach und israelische Regierungen mit dem Aufdecken von Skandalen und Forderungen nach einem palästinensischen Staat verärgerte. Uri Avnery wurde zum einflußreichen enfant terrible, das auch in der Knesset stets mit unliebsamen Meinungen aneckte. Ebenfalls lesenswert sind seine Anmerkungen über Israels Verhältnis zum Holocaust und zum Zionismus: Auch hier vertritt Avnery, ganz im Sinne der modernen israelischen Historiker, kontroverse Ansichten, etwa wenn er den »Holocaust-Kult« als Ersatzreligion kritisiert. Dem mittlerweile 73jährigen ist hoch anzurechnen, daß er sich auch heute noch, in einer Zeit, in der die israelische Friedensbewegung gelähmt ist, aktiv für die Rechte der Palästinenser einsetzt. Nach den Friedensvereinbarungen von Oslo gründete er die Gruppe »Gush Shalom«, die sich für eine Teilung Jerusalems einsetzt.

Leider verliert das sehr interessante Buch vom Palmyra-Verlag an Eindrücklichkeit, weil Avnery, mehr noch als Ashrawi, nicht müde wird, sich selbst auf die Schulter zu klopfen. Hier wird verständlich, warum politische Freunde in Israel gelegentlich scherzen, Avnery sei wie eine Kuh: Sie gebe viel Milch und schlüge hinterher die volle Kanne mit dem eigenen Schwanz um.

Eine dritte Ansicht vom palästinensisch-israelischen Konflikt vermittelt das Buch »Ein nationalbewußter Jude muß Linker sein«. Herausgegeben vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis, ist der Band eine sehr persönliche Hommage an den 1993 verstorbenen Kibbuznik und Kommunisten Elieser Feiler. Feiler, 1921 als Sohn eines Schneiders in Düsseldorf geboren, interessierte sich schon als Jugendlicher für sozialistische Ideen: »Ich habe dann sehr bald festgestellt, daß alle, die gegen die Juden sind, auch gegen die Kommunisten sind. Alle Kommunisten wiederum sind gegen die Nazis ... Das war ganz klar: Die Linken sind für die Juden, die Rechten sind gegen die Juden. So wurde ich Linker.« Die deutschen Zionisten vermittelten ihm darüber hinaus ein Bewußtsein von jüdischer Identität. 1938 wanderte Feiler nach Palästina aus, wo er sich bald einem Kibbuz anschloß und seine in Deutschland begonnene Ausbildung zum Landwirt beendete. Auch wenn sich Feiler

als nationalbewußten, stolzen Juden bezeichnete, der Israel liebte, so war er doch kein Zionist: »Meiner Meinung nach ist der Zionismus der jüdische Nationalismus, so wie es den deutschen Nationalismus gibt, so wie es den arabischen Nationalismus gibt ... Ich bin kein Nationalist ... mein allgemeiner Zugang zu den Problemen ist ein internationalistischer und kein nationalistischer.« Gleichwohl wehrte sich Feiler stets gegen eine Dämonisierung des Zionismus, vor allem von deutschen Linken. Er kritisierte auch, daß die DDR keine Entschädigungen an die Opfer des Nationalismus zahlte und Israel nicht anerkannte: er fand es taktlos und für die Friedenspolitik schädlich.

Von 1952 bis 1967 war Feiler Funktionär in der israelischen Kommunistischen Partei, die sich für einen Ausgleich mit den Arabern einsetzte. Von der sozialistischen Zukunft der Gesellschaft überzeugt, blieb er bis an sein Lebensende Kommunist; sein Verhältnis zur Partei war allerdings stets konfliktgeladen, weil er sich immer wieder gegen deren Dogmatismus auflehnte. 1967 zog Feiler mit seiner Frau Pnina in den Kibbuz Yad Hanna bei Netaniya, der in seinen Gründerjahren ausschließlich kommunistisch war. Bis 1982 engagierte er sich in oppositionellen kommunistischen Splittergruppen, dann schloß er sich wieder der Kommunistischen Partei an, weil sie, so Feiler, die einzige Kraft war, die die israelische Invasion des Libanon ('82) konsequent bekämpfte. 1986 nahm er an einem Treffen mit PLO-Vertretern in Rumänien teil, was nach dem israelischen Anti-Terror-Gesetz strengstens verboten war. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe und anderthalb Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

»Ein nationalbewußter Jude muß Linker sein« dokumentiert das Leben eines Juden aus Deutschland, eines Landwirts, Kibbuzniks und Kommunisten, der sich stets um Versöhnung mit den Arabern bemüht hat. Die Beiträge von Feiler, seinen Freunden und politischen Weggefährten und nicht zuletzt von seiner Frau vermitteln einen Eindruck von diesem humorvollen, weitsichtigen und ganz und gar undogmatischen Mann, der vielen deutschen Freunden und politischen Aktivisten ein wichtiger Ratgeber gewesen ist. Elieser Feiler starb nach einer langen, zum Schluß sehr qualvollen Krebskrankheit im Kibbuz Yad Hanna.

Alexandra Senfft

David William Cohen: The Combing of History, The University of Chicago Press, Chicago & London 1994, 264 Seiten, US-$ 20,75

WIE wird historisches Wissen produziert? Welche Rolle spielen das Schweigen und das Vergessen in dem Wissensbereich, den wir »Geschichte« nennen? Diese Fragen stellt David William Cohen, Historiker und Anthropologe an der Universität Michigan in Ann Arbor, in seinem neuesten Buch. Cohen, bekannt geworden durch zahlreiche Arbeiten zu Ostafrika, ist — zumindest im Bereich der Afrika-Forschung — einer der bekanntesten Vertreter des Neuen Historismus. Der Neue Historismus versteht Geschichte als vielstimmigen Text, als eine Summe von Sprechakten, die auf unterschiedlichste Weise in einem Netz sozialer Praktiken eingebettet sind. Diese gilt es zu entschlüsseln, ohne die Gewißheit, je feste Wahrheiten zu finden. Wir befinden uns also mitten in den viel-

schichtigen Debatten und Denkansätzen, die unter dem Signum »Postmoderne« zusammengefaßt werden.

Zusammen mit dem kenianischen Historiker E. S. Atieno Odhiambo hat Cohen in zwei viel Aufsehen erregenden Büchern (Siaya: the historical anthropology of an African landscape, 1989; Burying SM: The Politics of Knowledge and the Sociology of Power in Africa, 1992) versucht, postmoderne Ansätze in die afrikabezogene Geschichtsschreibung hineinzutragen. In »Siaya« zeichnen die Autoren ein komplexes Porträt des gleichnamigen Distriktes im westlichen Kenia, der von der Luo-Gesellschaft bewohnt wird. Ihren Zugang bezeichnen die Autoren selbst als »die Anthropologie der Schatten«, das heißt den Versuch, die vielen Formen der politischen Kultur, wie sie in einer Gesellschaft sichtbar sind, zu ergründen. »Burying SM« beschäftigt sich mit dem faszinierenden Fall des kenianischen Anwalts S. M. Otieno, der Ende 1986 plötzlich starb, und dessen Tod einen in der kenianischen Öffentlichkeit viel beachteten Rechtsstreit zwischen Otienos Witwe (einer Kikuyu) und Vertretern der Luo-Gesellschaft (welcher der Verstorbene angehörte) über die Frage auslöste, wo und wie Otieno zu begraben sei. Cohen und Odhiambo analysieren, wie sich in diesem Streit einige der wichtigsten Konfliktlinien der kenianischen Gesellschaft zeigten, beispielsweise die Gegensätze zwischen Gewohnheitsrecht und bürgerlichem Recht, zwischen Stadt und Land, zwischen ethnischen Gruppen, zwischen Männern und Frauen. Das Interessante dabei ist jedoch, so stellen die Autoren heraus, daß all diese Kategorien in der Debatte konstruiert, dekonstruiert und rekonstruiert wurden. Ihr Hauptargument geht dahin, daß die Wirklichkeit, oder was wir dafür halten, sozial konstruiert wird.

So innovativ die genannten Arbeiten in mancher Hinsicht waren, so deuteten sich darin doch bereits einige der Defizite postmoderner Ansätze in der Geschichtsschreibung an. Diese Defizite treten in Cohens jüngstem Buch nun sehr deutlich zutage. In »The Combing of History« präsentiert der Autor in acht Kapiteln (nur drei davon wurden bisher noch nicht veröffentlicht!) diverse Interpretationsmöglichkeiten der Vergangenheit. In den Aufsätzen geht es u. a. um die Erinnerung an den großen Streik der Mühlenarbeiter in Kansas 1912; um die Entwicklung verschiedener historiographischer Kontroversen (die Debatte um die Mau-Mau-Bewegung in Kenia, den Historikerstreit, die Diskussion um den Einfluß der Zulu auf die Bevölkerung in Südafrika im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert); um den Film »Heaven's Gate« von Michael Cimino als spezifische Lesart des »Johnson County War«, bei dem Viehbarone in Wyoming 1892 neu ankommende Siedler mit Hilfe von Söldnertruppen hängen oder erschießen ließen.

Die postmoderne Richtung will u. a. die geschichtliche Praxis von Herrschaft freilegen, indem sie zeigt, wie rhetorische Formen und Muster zu politischen Zwecken transformiert werden. Dies erfordert nicht zuletzt die Einbeziehung ungewöhnlichen und bisher nicht ausreichend berücksichtigten Quellenmaterials, wovon der wichtigste — und fragilste — Bereich die menschliche Erinnerung ist. Postmoderne Historiker sind insbesondere darum bemüht, »Gegen-Erinnerungen« herauszuarbeiten, bisher nicht wahrgenommene oder unterdrückte Quellen zu heben. Dieses Verfahren, so wird argumentiert, ermögliche alternative Wege zur Vergangenheit und mache bisher unbekannte Welten sichtbar. Bis dato seien diese »Gegen-Erinnerungen«, so die postmoderne Annahme,

durch (in der Regel nicht weiter spezifizierte) hegemoniale Kräfte »unterdrückt« worden.

Auch Cohen ist diesem Credo verpflichtet, vor allem in Kapitel eins, in welchem er die rezente Feier des 1912er Mühlenarbeiter-Streiks untersucht und sich vor allem fragt, warum eine Teilnehmerin des Streiks es versäumte, ihren Nachfahren über ihre Aktivitäten detailliert Bericht zu erstatten. Die Teilnehmerin ist tot und konnte von Cohen dazu nicht mehr befragt werden; Cohen schließt selbstverständlich, daß ihre Erinnerungen »unterdrückt« worden seien. Ihm kommt nicht in den Sinn, daß diese Erinnerungen vielleicht von ihr selbst verdrängt wurden oder sich schlicht im Laufe der Jahre weitgehend aufgelöst haben. Wer der oder die »Unterdrücker« gewesen sein könnten, verrät uns Cohen bezeichnenderweise nicht. So wichtig es ist, die verschiedensten, oft lange verborgenen oder vergessenen Stimmen wahrzunehmen, so notwendig ist es aber auch, diese Stimmen zu bewerten und zu kontextualisieren.

Die schlechteren unter den sich als postmodern verstehenden historischen Untersuchungen teilen eine Reihe von Charakteristika: die Überzeugung, daß Geschichte immer Sozialgeschichte von unten zu sein hat; das offenbar unwiderstehliche Bedürfnis, autobiographisch und selbstreferentiell zu sein; die Begeisterung, Schlüsselbegriffe ständig zu wiederholen; die hartnäckige Vorliebe, alten Wein in neue Schläuche zu füllen, um sich dennoch ständig dazu zu gratulieren, das Rad neu erfunden zu haben; schließlich die Ansicht, daß Quellen niemals zuverlässig sein können, sondern höchstens interessant sind bezüglich der Reaktionen, die sie hervorrufen könnten.

Cohens Buch versammelt leider all diese Eigenschaften. Arg penetrant ist das ständige Name-dropping, die permanenten Hinweise, mit wem, wann und wo David William Cohen gegessen, diskutiert oder was auch immer gemacht hat. Um nur ein Beispiel zu geben: Kapitel 1 beginnt: »[...] At a lunch break during this workshop, I found myself sitting over Szechuan food with Rhys Isaac, Alf Lüdtke, Hans Medick, and Gerald Sider discussing such issues as those Kundera raised concerning memory and forgetting. As we moved from our soup to main course, Hans, speaking for Alf and Rhys, opened a practical discussion [...]« (S. 1). In manchen Passagen schlägt die Selbstbezogenheit in pure Lächerlichkeit um, so wenn Cohen seine Zwei-Tages-Tour zur Hundertjahrfeier des »Johnson County War« beschreibt. Cohen stellt die Frage: »Could one constitute a field of discussion that encompassed a boy in Sweetwater. [Wyoming] in 1889, an impassioned journalist in Buffalo, Wyoming, in 1892, a filmmaker in Los Angeles in the late 1970s [Michael Cimino], a marketer of clothing in Wilson, Wyoming, in 1992, and a *grenzgenger* [sic!] from Evanston, Illinois, in 1991 and 1992 [Cohen]?« (S. 167). Die Antwort lautet wahrscheinlich: ja, sicher; es bleibt jedoch die Frage: warum?

Besonders problematisch ist der in diesem Buch vertretene Ansatz, die Substanz von Quellen ausschließlich an ihrer Interpretation festzumachen und keinerlei Gewichtung der Quellen vorzunehmen. Bereits im Vorwort stellt Cohen diesbezüglich fest: »There is, in the presentation of the work here, a set of tactics. First, there is an attempt to maintain an openess of text, in which pieces of material which ›fall on the desk‹ are entered into the text or notes and allowed to provide augmentation, annotation, and also disgression« (S. XXI). Cohen weist jedem Informationsschnipsel denselben Wert zu. Die hier vollzogene Pra-

xis, fragmentarische Erinnerungen von »inartikulierten« Informanten zusammenzustellen, endet aber in einer diffusen Beliebigkeit. Völlig unterschiedliche historische Zeugnisse als komplementär anzusehen, gleichsam alles als Wasser für dieselbe Mühle zu nutzen, dient meiner Meinung nach nicht dazu, weiteres Licht ins Dunkel der Vergangenheit zu bringen.

Dieser Ansatz besitzt natürlich, wenn man so will, gewisse Vorzüge. Er ermöglicht eine Rhetorik der Selbstdarstellung, die darauf angelegt ist, die Virtuosität des Verfassers zu zeigen. Er fördert den Gebrauch von Schlagworten anstelle einer abgewogenen Analyse. Vor allem aber immunisiert er Historiker gegen die Unterstellung, sie wären Irrtümern erlegen. Denn dieser Ansatz wagt keine Urteile, breitet lediglich neue Quellen aus, weigert sich aber, diese zu beurteilen, zwischen ihnen zu differenzieren. Folglich zeichnet sich »Geschichte« in »Combing History« durch keinerlei Charakteristika aus, wird nicht definiert, hat keine Grenzen; sie mag wahr oder falsch sein, plausibel oder unplausibel; sie mag um Objektivität bemüht sein oder tendenziös; sie mag auf Beweismaterial basieren oder gänzlich ohne dieses auskommen wollen. Alles egal, alles zählt für die Argumentation. Aber diese Weigerung, zwischen den verschiedenen Wegen der historischen Interpretation zu unterscheiden, macht das Werk letztlich unlesbar.

Die Kritik an Cohens Buch soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die postmodernen Strömungen haben große Meriten bei der Kritik dominanter Paradigmen, bei der Unterminierung alter Gewißheiten erworben. Die Postmoderne-Debatte hat Arenen geschaffen, in denen seit einiger Zeit die Auseinandersetzung um Selbstreflexion und Erneuerung der Geschichtsschreibung stattfindet. »Combing History« macht ihre Grenzen allerdings besonders deutlich. Die Lektüre dieses Buches vermittelt nichts von den komplexen Möglichkeiten und Problemen des Umgangs mit der Vergangenheit. Viel dagegen lernen wir über den Autor. Cohen hat die Beschäftigung mit sich selbst und die Beschäftigung mit der Vergangenheit offenbar durcheinandergebracht. Bei den Ethnologen kursiert ein Witz, der dieses Problem der Postmodernen mit einem Satz erfaßt: Der Informant sagt nach drei Jahren zum Ethnologen: »Meinen Sie nicht, wir sollten endlich anfangen, mal von mir zu reden?«

Andreas Eckert

Franziska Roller, Hilfe als Herrschaft? Über den Umgang mit Kranken in einer protestantischen Missionsanstalt, Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Studien & Materialien Bd. 15, Tübingen 1995, 149 Seiten, DM 18,–

Im südamerikanischen Regenwald, zwischen atlantischem Ozean im Norden sowie den großen Flüssen Amazonas und Rio Negro im Süden, liegt Surinam, früher auch Niederländisch-Guyana genannt. Von Spaniern 1499 als ersten Europäern betreten und dann von Engländern besiedelt, ging das Land 1667 in holländischen Besitz über. Die Kolonisatoren verschleppten afrikanische Sklaven zur Arbeit auf die Zuckerrohrplantagen und verpflichteten nach Aufhebung der Sklaverei asiatische Leiharbeiter. Spiegelbild dieser Kolonialgeschichte ist die Vielfalt der Gruppen in der surinamischen Bevölkerung: Kreo-

len, Inder, Indonesier, Indianer, Chinesen und Europäer. Erst vor gut zwanzig Jahren hat das völlig verarmte Surinam seine Unabhängigkeit erhalten.

Das deutsche Lepra-Asyl Bethesda wurde 1899 in der niederländischen Kolonie Surinam von der Mission der Herrnhuter Brüdergemeine gegründet. Nach drei Jahrzehnten ging die Leitung des Asyls in die Hände der Missionsdirektion im holländischen Zeist über. Franziska Roller konzentriert sich in ihrer Untersuchung auf die ersten dreißig Jahre, in denen das Asyl von einem deutschen Missionsehepaar geleitet wurde. Was zunächst wie eine Marginalie der Kolonialgeschichte erscheint, erweist sich als spannende und lesenswerte Lektüre über Brüche und Konflikte in einer abgeschlossenen (Zwangs-)Gemeinschaft: So beschreibt Roller die zwiespältige Situation der Diakonissen, die zugleich Untergebene der Missionare und weiße Herrinnen der Kranken waren; herausgearbeitet werden die Strategien zur Disziplinierung der überwiegend kreolischen Insassen des Asyls und wie diese trotzdem auch Handelnde blieben und sich Freiräume zu verschaffen wußten.

Nachdem Plantagenbesitzer und Kolonialregierungen bemerkt hatten, daß sich unter den afrikanischen Sklaven die Lepra ausbreitete, reagierten sie mit der Anordnung, die Kranken an einem abgelegenen Ort zu isolieren. Erster Widerstand regte sich. Denn die Surinamer glaubten nicht an eine Ansteckungsgefahr, sie kannten den langsamen Verlauf der Erkrankung, der ihnen bisher noch über Jahre das Leben in ihrer gewohnten Umgebung gestattet hatte. Deshalb flüchteten die Kranken immer wieder aus der Lepra-Kolonie zu ihren Familien. Das gelang so lange, bis die Regierung in einer unzugänglichen und entlegenen Gegend ein erstes Asyl für Leprakranke gründete. Auf den eigennützigen Hintergrund der Einrichtung verweist ein kritischer Chronist: »So ward — etwa ums Jahr 1832 — ein Gesetz gegeben, worauf alle von der Krankheit ergriffenen isoliert, und von Polizei wegen nach Batavia ... gebracht werden sollten, um auf Regierungskosten dort unterhalten zu werden. Dies Asyl mag aber wohl nicht bloß Humanitätsrücksicht seinen Ursprung verdanken. Es herrschte ja damals noch die Sklaverei, und man wollte durch dies Mittel sich zugleich vor einer Dezimierung des wertvollen Sklavenbestandes wahren« (S. 24).

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entdeckten protestantische Missionen die Leprakranken, um »am Beispiel der biblischen ›Elendsten der Elenden‹ das Gebot der christlichen Nächstenliebe mit bildhafter Deutlichkeit« (S. 27) zu praktizieren. Das Gebot der Nächstenliebe vermengte sich im protestantischen Asyl Bethesda mit den Zielen der missionarisch ausgerichteten Herrnhuter Brüdergemeine: Zu ihren Idealen des christlichen Zusammenlebens gehörten die Einordnung in die bestehende Gemeinschaft, stete Dienstbereitschaft und gemeinsame Zucht. Den Krankheiten wurde dabei eine religiöse Bedeutung beigemessen, deren Durchleiden eine Annäherung an Jesus Christus versprach. Solche Überzeugungen legitimierten die totale Absonderung und Kontrolle der Erkrankten. Entsprechend wurde das Asyl Bethesda räumlich angelegt und im Alltag organisiert. Im Missionsblatt der Brüderunität lasen sich die Umstände der Internierung noch wie die Schilderung einer dörflichen Idylle: Die Anlage »ist nach ihrer Lage und ihrer Einrichtung für die Kranken ein kleines Paradies. Schöne asphaltierte Wege führen unter den herrlichen Bäumen dahin; blühende Sträucher, reizende Blumen, bunte Vögel, und dazwischen die kleinen netten

Häuschen, in denen die Kranken verpflegt werden, in deren Mitte sich das schöne Schwesternhaus befindet, in dem die Pflegerinnen ihr Heim haben — alles ruft einen reizvollen Eindruck hervor« (S. 40).

Das »kleine Paradies« befand sich mitten im Urwald auf der Halbinsel einer Flußschleife des Surinams, die nächste größere Stadt war mit einer fünfstündigen Schiffsreise zu erreichen. Künstlich angelegte Kanäle sollten es den Insassen zusätzlich erschweren, das nur mit einem Boot erreichbare Areal zu verlassen. Der rechteckige Grundriß des Geländes und die Anordnung der Gebäude folgten einer strengen »Logik der Übersichtlichkeit« (S. 40). Die Wohnhäuser der Kranken wurden hufeisenförmig um ein Wachhaus angelegt, Männer- und Frauentrakt durch einen weiteren Kanal getrennt und nur mit einer Brücke verbunden. Diese wiederum befand sich im direkten Sichtfeld des Schwesternhauses. Die Wohnungen der Kranken verteilten sich rund um das Gebäude für die Schwestern, die von ihrer zentralen Position den Überblick über Gelände und Häuser hatten. Die Insassen konnten nie sicher sein, nicht beobachtet zu werden, andersherum galt das Schwesternhaus als verbotene Zone.

In den zwanziger Jahren lebten in Bethesda zwischen fünfzig und sechzig Leprakranke. Die eigentliche Pflegearbeit fiel in den Aufgabenbereich der Diakonissen, die bis zu sechs Kranke zu versorgen hatten. Das Selbstverständnis der Diakonissen war auf ein »dienendes Leben« ausgerichtet. Für diese Haltung nennt Roller einige prägende Instanzen: zunächst die herrnhutische Religiösität, die das ganze Leben als Dienst begriff. Diese Einstellung wurde durch das Bild der Frau als Pflegerin in der familiären Situation verstärkt. Die Ausbildung zur Diakonisse professionalisierte die eingeübte Bereitschaft zur aufopfernden Hilfe. Gleichzeitig erhielt der Beruf der Diakonisse im äußeren Missionsdienst eine Anerkennung, wie sie durch Pflegearbeit in der eigenen Familie nicht zu erreichen war.

Von den Diakonissen wurde erwartet, daß sie sich als Gehilfin des Missionars betätigte und an seinen Anweisungen orientierte. Ein Nachruf für Lina Perchner, erste Diakonisse in Bethesda, beschreibt die Anforderungen der Arbeit: »Sie wusch, kochte, pflanzte, unterrichtete, verband, pflegte, wachte, tröstete, ermahnte und betete; sie schöpfte aus einem schier unermüdlichen Born von Geduld — alles um ihrer Kranken willen, unter denen, ja für die sie lebte, in denen sie aufging. … In diesem Beruf war sie zufrieden und glücklich, denn sie hatte gelernt, nicht mehr an sich, sondern nur an ihren Heiland wie an ihre leidenden Brüder und Schwestern zu denken« (S. 85).

Gleichzeitig übten die Pflegerinnen Kontrolle über die Kranken aus, denn die pausenlose Fürsorge der Diakonissen gewährleistete eine fast ununterbrochene Aufsicht. In Bethesda reglementierte ein straff organisierter Zeitplan den Tagesablauf und jede Tätigkeit. Wer dazu in der Lage war, mußte im Asyl regelmäßig arbeiten. Der Missionar Henry Weiß erhob 1901 Arbeit zur Therapie: »Gibt es denn aber kein Mittel, keine Arzenei um dieses Leiden zu lindern? Ich weiß zwei solcher Mittel. Gebet und Arbeit. Und diese beiden Mittel sind in Bethesda zur Anwendung gekommen« (S. 51). Nach der Arbeit saßen dann Patient und Pflegerin zusammen und erzählten sich (biblische) Geschichten, die Diakonissen beendeten den Abend mit dem Löschen des Lichtes und eröffneten den Tag mit dem morgendlichen Gebet. Für die Kranken bedeuteten diese Vorgaben den Verlust von frei nutzbarer Zeit. Verhin-

dert wurde der Brauch zumindest der männlichen Surinamer Kreolen, sich täglich zu ausgiebigen Gesprächen zu treffen. Bei diesen Zusammenkünften »begleitet, kommentiert und diskutiert die Gruppe schwierige Lebenssituationen einzelner und fängt sie dadurch auf. Für diese Möglichkeit der gemeinsamen Problemverarbeitung, die täglich oft mehrere Stunden in Anspruch nimmt, läßt der Zeitplan in Bethesda keinen Raum. Die in der Gruppe verbrachte Zeit soll im protestantischen Sinne ›genutzt‹ werden« (S. 48). Müßiggang gilt in dieser totalisierenden Zeitstruktur als nicht nützlich und hat deshalb keine Berechtigung. Für Franziska Roller entspricht die Einübung effizienter Zeitnutzung »den missionarischen Vorstellungen von ›richtiger‹ Lebensführung und sind folglich Grundvoraussetzungen für die Disziplinierung nach europäischem protestantischem Vorbild« (S. 49). Dabei wurde auf demütigende Maßnahmen wie das Verteilen von Anstaltskleidung, das Ersetzen des Namens durch Nummern oder die Erzwingung von Arbeitsleistung durch Strafandrohung verzichtet. Die Techniken der Disziplinierung stützten »sich nicht in erster Linie auf gewaltsame Repression«, sondern legitimierten »sich über Diskurse der Fürsorge und der christlichen Nächstenliebe« (S. 76). Die subtilen Methoden der Kontrolle aller Alltagsbereiche zielten darauf, daß sich die einzelnen letztlich aus eigenem Antrieb an den Werten und Idealen der protestantischen Missionare orientieren sollten.

Dieses Ziel scheint nicht widerspruchsfrei erreicht worden zu sein. Als der Missionar-Direktor Weiß sich zwecks Spendensammlungen in einer mitleidstriefenden Broschüre über die armen kindlichen Seelen ausließ und die Kranken das Heftchen irrtümlich in die Hand bekamen, waren diese derart empört, daß Weiß es vorzog, seine Arbeit in Bethesda zu beenden. Schon vorher hatte ein Missionar verständnislos »eine geradezu abgeschmackte Abneigung« der Surinamer gegen das Asyl bemerkt und damit begründet, daß die »dort herrschende Ordnung und Zucht« dem »Hang zur Ungebundenheit höchlich zuwider« sei (S. 113). Unzufriedenheit und verbale Auflehnung, insbesondere wegen der Trennung von Frauen und Männern, gehörten offenbar zur Tagesordnung. Regelmäßig wurden deshalb eigenwillige Kranke in das Regierungsasyl abgeschoben. Zu offenem Aufruhr kam es, als die Entlohnung für die Arbeit der Insassen gestrichen werden sollte — ein erfolgreiches Aufbegehren, da der funktionierende Asylbetrieb auf die Mitarbeit der Leprakranken angewiesen war. Daneben verstanden es die internierten Surinamer, sich Teile ihrer Kultur zu erhalten: So wurde der ursprünglich zur musikalischen Untermalung der Gottesdienste gegründete Bläserchor des Asyls genutzt, um die eigenen Lieder und Melodien, »die abscheuliche Straßenmusik«, wie es in einem Jahresbericht Bethesdas hieß, zu spielen. Und da die Verpflegung im Asyl auf die Hilfe der Insassen angewiesen war, gelang es immer wieder, eigene Speisen zuzubereiten und damit ein für die Identität der Kreolen wichtiges Stück Alltagskultur zu retten. Solche Beispiele aus den christlich europäisch geprägten Berichten und Rundbriefen der Herrnhuter Brüdergemeine herausgearbeitet und vom Blick der Kolonisatoren befreit zu haben, ist Roller gelungen.

Udo Sierck

Elke Hauschildt, »Auf den richtigen Weg zwingen ...«. Trinkerfürsorge 1922–1945, Lambertus-Verlag, Freiburg i. Br. 1995, 266 Seiten, DM 45,–

WER je in der Betreuung von Alkoholikern tätig war, weiß, wie gering bis heute die Behandlungserfolge moderner Therapien sind. Ein Blick zurück auf die Geschichte der Trinkerfürsorge ist für Praktiker wie Sozialhistoriker interessant, arbeitete man doch noch bis in die sechziger Jahre hinein mit (Zwangs-)Methoden, die heute weithin als sinnlos gelten.

Am Beispiel der Hamburger Trinkerfürsorge zeigt Elke Hauschildt Organisationsmodelle, Methoden und Vorgehensweisen der öffentlichen und privaten Alkoholikerbehandlung der Hansestadt. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1922, dem Jahr der Gründung einer kommunalen Trinkerfürsorge in Hamburg, bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Eher als Einrahmung fungieren ein Kapitel über die gesellschaftliche Behandlung des Alkoholismus ab 1820 und eine kurze (und trotzdem spannende) Übersicht über die Entwicklung von 1945 bis heute.

Neben den materialreichen zeitgenössischen Fachzeitschriften hat Hauschildt insbesondere die Überlieferung Hamburger Behörden im Staatsarchiv Hamburg intensiv ausgewertet. Dabei konnten auch 68 personenbezogene Fallakten eingesehen werden, was der Autorin ermöglichte, in die Darstellung einzelne — natürlich nicht repräsentative — Fallgeschichten einzubauen.

Für eine exemplarische Untersuchung bietet sich die Hamburger Trinkerfürsorge insbesondere deshalb an, weil sie mit hohem professionellen Anspruch arbeitete und für die damalige Zeit ausgezeichnet ausgestattet war. Hamburg, das Mitte der zwanziger Jahre die erste staatliche Trinkerheilstätte in Deutschland errichtete, galt weithin als Vorbild. Die Autorin schildert eingehend den dualen Aufbau des Hilfesystems in seinem Spannungsfeld zwischen amtlicher und ehrenamtlicher Hilfe. Darüber hinaus liefert sie einen Einblick in die Rivalitäten und komplizierten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fachverbänden.

Alkoholismus galt weithin als Hauptverursacher von Armut und Elend, als eine der gefährlichsten Volksseuchen. Amtliche wie ehrenamtliche Trinkerfürsorge sahen in der Bekämpfung des Alkoholismus einen wichtigen Ansatzpunkt zur Lösung sozialer Probleme. Ein Ausbau der Trinkerfürsorge sollte zur Senkung der Armenlasten beitragen. Die Bekämpfung des Alkoholismus schob sich auch hinsichtlich sozial-hygienischer Bemühungen immer stärker in den Vordergrund.

Anfang der zwanziger Jahre, und damit einige Jahre früher als in anderen Städten Deutschlands, etablierte sich in Hamburg eine kommunale Trinkerfürsorge als Abteilung des Wohlfahrtsamts. Man schuf ein duales »Progressivsystem«, in dem ehrenamtliche und behördliche Trinkerfürsorge lückenlos ineinandergriffen. Dieses System galt in der Weimarer Republik als ideales erzieherisches Behandlungsschema. Die privaten Alkoholikerverbände, getragen vom Engagement ehrenamtlicher Helfer (oft »trockenen« Alkoholikern), beschränkten sich auf die ambulante Hilfe wie zum Beispiel Nachsorge. Die behördliche Trinkerfürsorge wurde dage-

gen hauptsächlich aktiv, wenn Zwangsmaßnahmen als notwendig erachtet wurden. Die Behörde stützte sich bei ihren Entscheidungen jedoch weitgehend auf die Berichte der ehrenamtlichen Helfer, die so fast amtlichen Charakter bekamen. Dieses »duale System« (so der Fürsorgejargon) wurde in den zwanziger Jahren von vielen Städten übernommen.

Das »Progressivsystem« reichte von gütlicher Ermahnung, amtlicher Verwarnung, Androhung der Entmündigung, vorläufiger Entmündigung bis zur Entmündigung, die dann zumeist mit Zwangseinweisung zu einer Heilstättenkur oder mit Anstaltsunterbringung zur »Bewahrung« verbunden war. Für die Entmündigten wurde in Hamburg ein für Hunderte von Klienten zuständiger Sammelvormund bestellt, was verwaltungstechnisch ein einfaches Instrument zur Anstaltseinweisung schuf. Mit dem Aufbau einer »Trinkeranstalt« innerhalb des »Versorgungsheims Farmsen« war es in Hamburg gelungen, alle Glieder des »Progressivsystems« unter Federführung der Stadtverwaltung lückenlos aneinanderzureihen.

In der trinkerfürsorgerischen Praxis galt Zwang als wichtiger Heilfaktor. Da Alkoholiker sich freiwillig nur selten einer Behandlung unterzogen, müsse man sie »auf den richtigen Weg zwingen«. Disziplinierung der Trinker galt als unabdingbar, der Zwang war in der Trinkerfürsorge nicht ultima ratio, sondern integraler Bestandteil der Hilfe.

Mitte der zwanziger Jahre überlagerte in der Trinkerfürsorge zunehmend die Rassenhygiene die Sozialhygiene. Alkoholismus wurde immer mehr als Indiz für eine erbliche Minderwertigkeit angesehen. Eine empirische Grundlage hierfür gab es allerdings nicht. »Bei der Bestimmung angeblich anlagebedingter Trunksucht ging man ziemlich grobschlächtig vor. Man suchte in der Generationenfolge des Betreffenden nach Vorfahren mit Anzeichen ›psychopathischer Minderwertigkeit‹ oder man bediente sich einer Art Faustregel, die in der Fachliteratur der 20er und 30er Jahre immer wieder auftaucht: Wer mit dem übermäßigen Trinken vor dem 21. Lebensjahr begonnen hatte, bei dem galt sie als erblich bedingt« (S. 74).

In der Weltwirtschaftskrise geriet die Trinkerfürsorge in erheblichen Legitimationszwang. Sie mußte sich die Frage gefallen lassen, ob ein Fürsorgezweig, dessen Erfolge ohnehin fragwürdig waren, in Zeiten allgemeiner Not und zusammenbrechender öffentlicher Fürsorge überhaupt noch eine Existenzberechtigung hatte. Sparzwänge leiteten zwei Entwicklungen ein, die sich dann unter den Bedingungen nationalsozialistischer Herrschaft noch verstärken sollten. Erstens die Konzentration auf die »schweren Fälle« und zweitens die Verlegung der Trinker aus teuren Krankenanstalten in die billigeren Wohlfahrtsanstalten zur »Bewahrung«. Rassenhygienische Argumente, die sich zuvor eher auf ein theoretisches Feld beschränkt hatten, nahmen nun immer offener den Charakter von Rezepten für die Praxis an. »Die Weltwirtschaftskrise wirkte gleichsam wie ein Scharnier zwischen der Trinkerfürsorge der Weimarer Republik bis 1929 und der nationalsozialistischen Diktatur. Sie beförderte die Konzeption des ›Trinkers‹ als ›Asozialen‹, wie sie sich im Dritten Reich schließlich festsetzte« (S. 110).

Die zuvor entsprechend dem »Progressivsystem« übliche Einteilung der Alkoholiker in mehrere Klassen wurde im Nationalsozialismus aufgegeben, statt dessen wurde eine Zweiteilung in Heilbare und Unheilbare vorgenommen. Wer sich als therapeutisch nicht zugänglich erwies, bewies damit letztlich nur, daß sein Alkoholismus in der nicht be-

einflußbaren »minderwertigen Erbmasse« begründet war. Im rassenhygienischen Denken war der Alkoholiker nicht krank, weil er trank, sondern er trank, weil er (erb-)krank war. Der Alkoholismus galt nur als Erscheinungsbild erblicher »Minderwertigkeit«. Dies lieferte die Begründung für die Zwangssterilisationen von Alkoholikern.

Hauschildt stellt in den Jahren 1936 bis 1939 eine erhebliche Radikalisierung des Vorgehens gegen Alkoholiker fest. Trinkerbehandlung rückte immer mehr an die Asozialenverfolgung heran. In Hamburg erfolgte innerhalb der Sozialverwaltung im Juli 1939 sogar eine organisatorische Zusammenfassung der für Alkoholiker und »Asoziale« zuständigen Abteilungen der Sozialbehörde. Die Trinkerfürsorge selbst verschrieb sich völlig der Rassenhygiene, distanzierte sich von den nicht besserungsfähigen, angeblich erbbedingten »Echtsüchtigen« und wendete sich den als heilbar eingeschätzten »nicht echt süchtigen Alkoholikern« zu, für die man bald den Begriff »Alkoholgefährdete« einführte.

Je größer im Zug des wirtschaftlichen Aufschwungs bzw. dann der Kriegswirtschaft der Arbeitskräftemangel wurde, desto mehr trat innerhalb der Trinkerfürsorge bei der Bewertung der Klienten der Gesichtspunkt der Arbeitsfähigkeit in den Vordergrund. Wer gut arbeitete, konnte nicht »minderwertig« sein. Zu den rassenhygienischen Selektionskriterien trat als Bewertungsmaßstab die Funktionstüchtigkeit. Der arbeitende Alkoholkranke galt immer weniger als »Volksfeind«. Der nicht mehr arbeitsfähige Alkoholkranke ging dagegen zunehmend im Feindbild des arbeitsscheuen »Asozialen« auf.

Trotz aller Kontinuität in der Zwangsbehandlung und weitgehender Rezeption des rassenhygienischen Denkens vor 1933 schätzt Elke Hauschildt die Zeit des Nationalsozialismus insgesamt als »gewaltigen Rückschritt« und »negativ akzentuierten Bruch« ein, der die in der Zeit vor Beginn der Weltwirtschaftskrise erreichte Modernisierung der Trinkerfürsorge wieder zunichte machte.

Einschnitte in der Entwicklung sieht die Autorin in der Weltwirtschaftskrise, dann wieder in der Zeit der Kriegsvorbereitungen ab 1936. Die Untersuchung bestätigt, daß — um es schlagwortartig zu sagen — auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege die Weimarer Republik bereits 1929 zu Ende war. Rassenhygienisches Denken war auch innerhalb der Trinkerfürsorge schon lange vor Machtantritt der Nationalsozialisten weit verbreitet, allerdings als eine, kontrovers diskutierbare Betrachtungsweise unter anderen. »Der Nationalsozialismus bildete hier einmal mehr das Ventil, das die politischen Rahmenbedingungen bereitstellte, unter denen sich langgehegte eigene Behandlungsvorstellungen endlich verwirklichen ließen« (S. 246). Die Praktiker der Trinkerfürsorge begrüßten die Maßnahmen der Nationalsozialisten als Erfüllung alter Forderungen.

Natürlich ist mit dieser Studie, die sich nur sehr begrenzt auf Vorarbeiten anderer stützen konnte, noch nicht die Geschichte der Trinkerfürsorge im 20. Jahrhundert in Deutschland geschrieben. Die Hamburger Verhältnisse mit ihren kurzen Dienstwegen, dem ausgebauten eigenen Anstaltssystem mit dem riesigen »Versorgungsheim Farmsen« als Kern und der ausgedehnten Entmündigungspraxis ermöglichten Vorgehensweisen, die anderswo so nicht möglich waren. Die Autorin selbst warnt davor, von der Hamburger Praxis auf die Alkoholikerbehandlung in anderen Gebieten Deutschlands zu schließen, und versteht ihr Buch als Anregung für weitere Lokal- bzw. Regionalstudien.

Wolfgang Ayaß

Thomas Koch: Zwangssterilisation im Dritten Reich. Das Beispiel der Universitätsfrauenklinik Göttingen (Reihe Wissenschaft, Bd. 19), Mabuse-Verlag, Frankfurt am Main 1994, 115 Seiten, DM 25,–

BEREITS ein halbes Jahr nach der »Machtergreifung« wurde als eines der ersten und wichtigsten nationalsozialistischen Gesetze am 14. Juli 1933 das sogenannte Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN) verabschiedet. In der Begründung zu diesem Gesetz wurde die Sterilisierung als »eine Tat der Nächstenliebe und Vorsorge für die kommende Generation« und als »wahrhaft soziale Tat« für die betroffenen erbkranken Familien bezeichnet. Daß es so rasch verabschiedet werden konnte, lag sicher nicht nur an der politischen Gleichschaltung, sondern auch daran, daß bereits in der Weimarer Republik der Boden durch Medizin und Justiz, aber auch durch Theologie sowie öffentliche und private Wohlfahrtspflege ideologisch bereitet war. Gedacht war das Gesetz als Instrument zur sozial-, gesundheits- und bevölkerungspolitischen »Flurbereinigung« in der deutschen Bevölkerung, durch das eine Reihe von als erblich angenommenen Krankheitsbildern, zum Beispiel »erblicher Schwachsinn«, »ausgemerzt« werden sollten. Nach Schätzungen wurden aufgrund des GzVeN, das bis heute formal nicht aufgehoben wurde, sondern lediglich nicht mehr zur Anwendung kommt, während der NS-Diktatur reichsweit rund 350.000 Frauen und Männer wegen »Erbkrankheiten« von Ärzten zwangssterilisiert. Diese Zwangssterilisierungen wurden juristisch nie als ein unter dem Nationalsozialismus begangenes Unrecht bewertet. Die Betroffenen, zu denen auch Juden und Zigeuner als Verfolgte der Nürnberger Rassengesetze gehörten, erhalten bis heute keine angemessene Entschädigung.

Thomas Koch untersucht in seiner dem Fachbereich Medizin der Georg-August-Universität zu Göttingen 1933 vorgelegten Dissertation die Zwangssterilisationen der Universitäts-Frauenklinik. Er analysiert ihren praktischen Ablauf und die Konsequenzen für die Betroffenen.

In Göttingen wurden nach Angaben des Amtsgerichts in den Jahren 1934 bis 1945 2.432 Anträge zur Zwangssterilisation gestellt. Insgesamt kam es zu 1.919 endgültigen Beschlüssen, die Sterilisation, auch unter Zwang, durchzuführen. Nur 2,4 Prozent der Betroffenen selbst bzw. deren gesetzliche Vertreter hatten einen Antrag gestellt, in der Regel wurde also die Entscheidung für die Sterilisation über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefällt. Die meisten Zwangssterilisationen wurden in der Universitätsfrauenklinik (Frauen) und in der Chirurgischen Universitätsklinik (Männer) durchgeführt. Thomas Koch konnte die Fälle der Frauenklinik lückenlos dokumentieren und diejenigen der Chirurgischen Universitätsklinik Göttingen — mit Ausnahme von zwei unauffindbaren Jahrgängen — ebenfalls auswerten. Die hohe Zahl der Zwangssterilisationen ist für den Autor, der sich hauptsächlich auf bislang unbearbeitete Archivalien unter anderem im Universitätsarchiv Göttingen, im niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover und im Amtsgericht Göttingen stützt, ein eindeutiger Beleg dafür, daß es sich um einen Routineeingriff gehandelt hat, der

von den Ärzten nicht in Frage gestellt wurde.

Wie aus der Untersuchung ersichtlich wird, gab es in Göttingen, um das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in der Praxis effektiv umzusetzen, eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Erbgesundheitsgericht, dem Gesundheitsamt sowie den Kliniken und anderen Institutionen. Der Autor ist in seiner Studie, die im Anhang durch eine Reihe zeitgenössischer Dokumente ergänzt wird, einer Vielzahl von Fragen nachgegangen: Wer brachte »Erbkranke« zur Anzeige? Wie waren die Gesundheitsgerichte zusammengesetzt? Wie erfolgte die Begutachtung der »Fälle«, wie die Sterilisation selbst? Was mußten die Betroffenen erdulden? Welche bleibenden körperlichen und seelischen Schäden trugen sie davon? Wie erfolgreich war ein Widerspruch? Wie sah es nach dem Krieg mit einer Rehabilitation oder gar einer Entschädigung der Opfer aus? Neben zuverlässigen Antworten auf diese Fragen sind es vor allem Fallbeschreibungen, die der soliden Arbeit — deren Aussagen, wenngleich sie sich lediglich auf die in der Universitäts-Frauenklinik Göttingen durchgeführten Zwangssterilisationen beschränken, Allgemeingültigkeit haben — beeindruckende und vielfach bedrückende Anschaulichkeit verleihen. Sinnvoll und wünschenswert wäre allerdings gewesen, wenn Thomas Koch seine Forschungsergebnisse in einen Zusammenhang mit anderen regionalen Studien zum Thema Zwangssterilisation im »Dritten Reich« gestellt hätte.

Hubert Kolling

Volker Rieß, Die Anfänge der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 1995, 406 Seiten, DM 98,–

Zagłada chorych psychicznie w Polsce 1939–1945. Die Ermordung der Geisteskranken in Polen 1939–1945. Sammelarbeit, Red. Zdzisław Jaroszewski, Warszawa 1993, Wydawnictwo Naukowe PWN (Bezug über Verlag Jacob van Hoddis), 249 Seiten, DM 20,–

Zu besprechen sind zwei Arbeiten, die sich auf sehr unterschiedliche Weise der Ermordung psychisch Kranker auf dem Gebiet des besetzten Polen widmen. Der zweisprachig erscheinende polnische Sammelband, aus den Verhandlungen des 36. Kongresses der Polnischen Psychiater hervorgegangen, konzentriert sich auf die Rekonstruktion der Verbrechen in den einzelnen polnischen Anstalten über die gesamte Besatzungszeit und zieht dabei in erster Linie deutsche Akten, überlieferte Krankenlisten und in geringerem Umfang (polnische) Zeugenaussagen heran. Rieß zielt dagegen auf eine möglichst genaue Rekonstruktion der Entscheidungen und der organisatorischen Verantwortlichkeiten und Verflechtungen in Danzig-Westpreußen, Pommern und dem Warthegau bis zur Zentralisierung der Krankenmorde durch die »Aktion T4«, also bis Februar 1940. Er stützt sich fast ausschließlich auf die Bestände der Zentralen Stelle Ludwigsburg, also auf sol-

che Dokumente, die für NS-Kriegsverbrecherprozesse zusammengetragen wurden sowie die Prozeßakten selbst. Eine kritische Wertung solle, so Rieß, die Frage beantworten, wie aussagekräftig diese bislang wenig ausgewerteten Justizmaterialien sein könnten.

Zentral ist bei Rieß der Nachweis der prominenten Rolle regionaler Stellen bei der Initiierung und Durchführung des Massenmordes. Die »Aktion T4« habe sich erst im Dezember 1939 eingeschaltet und sei danach an allen Mordaktionen wenigstens indirekt beteiligt gewesen. Die regionalen Initiativen hätten sich leicht durchsetzen können, da sie mit den Vorbereitungen zum reichsweiten Krankenmord, der späteren »Aktion T4«, zusammentrafen. Weiter lehnt Rieß die These ab, die Krankenmorde in den untersuchten Gebieten hätten in einem direkten Zusammenhang mit den Umsiedlungsplanungen, hier dem Platzbedarf für Umsiedler aus dem Baltikum gestanden, hierfür sei die Etablierung der Waffen-SS ursächlich gewesen. Allerdings räumt er ein, daß die »Rücksiedlung« Einfluß auf Tempo und Ausmaß der Mordaktionen hatte. Rieß beschreibt ausführlich die Tätigkeit des bereits bei Klee erwähnten »Wachsturmbann Eimann«, der die zentrale Rolle bei der Ermordung der Kranken aus Pommern und dem Reichsgau Danzig-Westpreußen spielte. Ebenfalls eine wichtige, aber nicht in allen Einzelheiten geklärte Rolle spielte das Einsatzkommando 16 der Sicherheitspolizei, das am 12. September 1939 im Zusammenhang mit der Ermordung der polnischen Intelligenz gegründet wurde und eine Vorreiterrolle bei der Ermordung der polnischen »Asozialen« und — in einer singulären Aktion — der Zigeuner eingenommen zu haben scheint sowie das berüchtigte Sonderkommando Lange. Weniger bekannt ist, und auch dies ist bei Rieß nachzulesen, in welchem Ausmaß sich Polizeiabteilungen und volksdeutscher »Selbstschutz«, die jeweils den »Höheren SS- und Polizeiführern« unterstellt waren, an den Mordaktionen beteiligten. Das gleiche gilt für die Wehrmacht, deren direkte Beteiligung am Mord zwar eher selten war, die aber Fahrer und Fahrzeuge für die Deportationen an die Erschießungsorte zur Verfügung stellte.

Rieß beschreibt die Initiative des Leiters des Gesundheitswesens unter Gauleiter Forster, Prof. Großmann, bei der Vorbereitung und Durchführung der ersten Krankenmorde in Danzig-Westpreußen: Laut Rieß war Großmann von Anfang an beteiligt und richtete unabhängig von Berlin eine Ärztekommission ein, die über Leben und Tod der Patienten in den westpreußischen Anstalten, vor allem in Kocborowo/Conradstein entschied. Rieß zeigt, daß zu Beginn der Krankenmorde in Danzig-Westpreußen von einem zentralen Befehl keine Rede sein kann: Tatsächlich sei von einer lokalen Initiative Forsters auszugehen. Ebenso vorstellbar wäre allerdings, daß diese wiederum auf eine Anregung Großmanns, der auch Direktor des Danziger Instituts für Erb- und Rasseforschung war, zurückging: Immerhin gehörte die »Vernichtung lebensunwerten Lebens« spätestens seit 1920 zu den Diskussionsthemen vieler deutscher Mediziner. Großmann schickte schließlich einen Vertreter zu einer Besprechung in Danzig am 16. November 1939, in der es um die Koordinierung der Umsiedlungsplanungen ging.

Noch deutlicher als hier war der »Regionalismus« des Krankenmordes im »Warthegau«: Hier wurden die Tötungen nicht nur durch regionale Einheiten durchgeführt, auch die gesamte Organisation und Abwicklung liefen zwar mit Kenntnis der Führerkanzlei und des »T4«-Büros, aber ohne deren Eingriffe

ab. Zu einer »Meldebogenaktion«, wie sie kennzeichnend für die Tätigkeit der »T4« war, kam es hier erst im Sommer 1941.

Unverständlich bleibt, warum Rieß die Aussage des Stettiner Höheren SS- und Polizeiführers Emil Mazuw, der Beginn der Tötungsaktionen in Pommern am 14. November 1939 habe mit der Umsiedlung der Baltendeutschen zusammengehangen, für nachträgliche Rechtfertigung hält. Das Argument, die Zeitspanne von Ende September bis zum 14. November sei für die Entscheidungsfindung und die notwendige Selektion der Patienten zu kurz gewesen, ist wenig überzeugend, wenn man bedenkt, daß die Krankenmorde in Conradstein bereits 18 Tage nach der Besetzung der Anstalt begonnen hatten. Überzeugender, aber als Argument ebenfalls nicht zwingend ist, daß die pommerschen Anstalten gar nicht als Umsiedlungslager, sondern als Unterkünfte für die Waffen-SS genutzt wurden. Vor allem aber weist die Aussage Mazuws darauf hin, daß die Krankenmorde im Osten von den Tätern selbst im Zusammenhang mit der »Rücksiedlung« gesehen wurden.

Ungeklärt bleibt einstweilen auch die Frage, warum die Täter von den zuerst üblichen Erschießungen zum Massenmord durch Vergasung übergingen. Die These, der Hauptgrund sei die enge Täter-Opfer-Beziehung bei Erschießungen, wird von Rieß eher abgelehnt: Es gebe keine Hinweise auf Nervenzusammenbrüche oder sonstige Anzeichen besonderer psychischer Belastung bei den Tätern, wie sie im Zusammenhang mit den Massenmorden der Einsatzgruppen nach dem Überfall auf die Sowjetunion berichtet worden seien. Rieß vermutet sicherlich zu Recht, daß die bis dahin angewandte Technik als unrationell empfunden wurde. Für diese These spricht, daß der Gedanke nicht aus den Reihen der unmittelbaren Täter stammte, sondern, wie Rieß betont, von deutschen Professoren, Wissenschaftlern und Bürokraten aus dem Umkreis der »Aktion T4«. Maßgeblich beteiligt an der Entwicklung der frühen Vergasungsmethode mit Kohlenmonoxid waren Gaskriegsexperten wie Prof. Dr. Ferdinand Flury in Würzburg und das Kriminaltechnische Institut des Reichskriminalpolizeiamtes. Auf das primäre Ziel Effektivität weist schließlich hin, daß die vom berüchtigten Sonderkommando Lange initiierten ersten Versuche der Massentötung durch Giftgas im Posener Fort VII vor geladenen Gästen aus Berlin perfekt vorgeführt wurden.

An dieser Stelle klärt Rieß zwei in der westlichen Literatur häufige Mißverständnisse auf: Zum einen zeigt er, daß tatsächlich die ersten Vergasungen in Posen und nicht in Brandenburg durchgeführt wurden, zum anderen macht er deutlich, daß auch die »fahrbaren Gaskammern« nicht mit Auspuffgasen, sondern mit in die Innenräume gepumptem Kohlenmonoxid aus Flaschen töteten.

Die These, der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik sei es um die »Endlösung der sozialen Frage« gegangen, scheint Rieß bekannt zu sein, er setzt sich jedoch nicht mit ihr auseinander. Dies ist mir um so unverständlicher, als das Material, das er zur Frage der Motivation der Täter ausbreitet, oft genug in diese Richtung weist. Dies zeigt nicht zuletzt das Kapitel über die Morde an polnischen Prostituierten im Herbst 1939. Einer der erschütterndsten Abschnitte ist sicherlich der über den Frauenmord in Preußisch Stargard im Herbst 1939: Vier NS-Funktionäre, darunter ein Major Sahla, hatten in betrunkenem Zustand eine Razzia auf polnische Prostituierte veranstaltet und wenige Stunden später, nach weiterem Alkoholgenuß, fünf Frauen im Polizeigefängnis vergewaltigt und vier davon ermordet. Sicherlich hat Rieß

recht, wenn er betont, daß es sich hier nicht um einen Mord im Kontext der sonst beschriebenen Verbrechen handele, daß diese Tat aber das Klima zeige, das im Herbst 1939 unter den deutschen Herrenmenschen herrschte, und daß männliche Ängste vor (polnischen) Frauen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten. Auch Rieß sieht, daß sowohl die polnischen Prostituierten als auch die polnischen (und jüdischen) psychisch Kranken, nach rassistischen und auch nach sozialpolitisch-erbbiologischen Kriterien beurteilt, als doppelt minderwertig galten und daher die Hemmschwelle zum systematischen Mord besonders niedrig lag. Was allerdings fehlt, und dies ist sicherlich nicht zuletzt der gewählten Quellenbasis und der in diesem Punkt eher schmalen Literaturkenntnis geschuldet, ist der Bezug auf den erwähnten medizinisch-rassenbiologischen Diskurs, der ja nicht erst 1933 einsetzte und auch 1945 nicht völlig abriß. Rieß betont daher einen ideologisch gespeisten Vernichtungswillen, dessen Umsetzung von der Ausnahmesituation Krieg ausgelöst und gefördert worden sei. Mangels geistesgeschichtlicher Einbettung — zumindest der Verweis auf Binding/Hoches »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens« von 1920 wäre hier angezeigt gewesen — wird der Krankenmord völlig aus seinen historischen Zusammenhängen herausgelöst und erscheint, in einer rein intentionalistischen Interpretation, letztlich als Einbruch des Bösen in die Moderne, statt ihn als deren singuläre Konsequenz zu begreifen.

Kritisch anzumerken bleibt außerdem, daß die Zitierweise der ungedruckten Quellen unübersichtlich und die von Sekundärliteratur und gedruckten Quellen so ist, daß an manchen zentralen Stellen die Belegstelle schlicht nicht nachvollziehbar ist. Des weiteren ist zu bedauern, daß Rieß polnische Literatur fast überhaupt nicht benutzt. Auch die in den Reihen »Documenta Occupationis« und im Bulletin zur Erforschung der Naziverbrechen in Polen veröffentlichten originalsprachlichen Quellen werden nicht einmal im Literaturverzeichnis erwähnt. Die Situation in polnischen Archiven scheint Rieß gänzlich unbekannt zu sein, wenn er im Jahre 1993 schreibt, daß »Nachforschungen bei den nun[!] zumindest prinzipiell zugänglichen Archiven Osteuropas« sinnvoll seien — die Zugänglichkeit polnischer Archive zumindest war spätestens seit Mitte der achtziger Jahre gewährleistet. Die mangelnde Kenntnis der Literatur führt zu einigen Ungenauigkeiten und Defiziten in der Einordnung der Ergebnisse. So bleiben etwa Praktiken gegenüber Geisteskranken aus der Zeit des Ersten Weltkriegs ebenso unerwähnt wie der Umstand, daß sich der bei den unmittelbaren Tätern festgestellte »reine Vernichtungswille« mit dem von bedeutenden Teilen der akademischen und bürokratischen Eliten der zwanziger und dreißiger Jahre unterstützten Konzept der »Endlösung der sozialen Frage« deckt. Hier scheint mir die Person des Hygienikers Prof. Dr. Großmann besonders aufschlußreich zu sein, dessen Tätigkeit von Rieß aber eher kursorisch abgehandelt wird; über seine Aktivitäten abseits der Krankenmorde schweigt das Buch völlig. Freilich wäre dazu die Hinzuziehung weiterer Quellen, die sich nicht in gerichtlichem Material finden, nötig gewesen; dies ist aber nicht Ansatz der Studie und zeigt damit die Schwächen einer Auswertung, die sich auf das hier herangezogene Material verläßt: Sicherlich lassen sich aufgrund von Zeugenaussagen und gerichtsnotorischen Dokumenten Tathergänge und personelle Zusammenhänge rekonstruieren, zur Beurteilung der Hintergründe jedoch reichen sie nicht aus.

Trotz ihrer Schwächen handelt es sich bei der Studie Rieß' um eine sehr wichtige Arbeit, die aber weitgehende Vorkenntnisse über deutsche Besatzungspolitik in Polen verlangt, da einige zentrale Begriffe und Organisationen nicht eingeführt werden. Wichtig ist sie vor allem, weil sie die Bedeutung regionaler Initiativen belegt. Rieß vertieft und vervollständigt den Hüttenbergerschen Polykratie-Begriff um eine wesentliche Dimension: die Bedeutung der mittleren Verwaltungsebene in der Initiierung des Massenmordes.

Was als eine der Schwächen der Studie Rieß' angeführt wurde, die mangelnde ideengeschichtliche Einordnung, scheint bei den einführenden Aufsätzen des von Zdzisław Jaroszewski herausgegebenen Sammelbandes auf den ersten Blick eingelöst zu sein. Jaroszewski, polnischer Psychiater und Pionier der Erforschung der Krankenhausmorde in Polen, betont in seinem Referat die gedanklichen Ursprünge des Krankenmordes im Kult des Starken und Gesunden zwischen Nietzsche und Binding/Hoche. Ebenso betont Klaus Dörner in seinem Beitrag eher unscheinbare und meist selbstverständlich hingenommene Tendenzen wie die Aussonderung psychisch Kranker aus der Gesellschaft als eine von mehreren Quellen, aus denen sich die Genese des Massenmordes speiste.

Der dritte Aufsatz, den Tadeusz Nasierowski beigesteuert hat, behandelt das Verhältnis der polnischen Psychiatrie zur deutschen Erbgesundheitsgesetzgebung der Jahre 1933 bis 1939. Gerade die Frage, ob und in welcher Form in meist wenig beachteten Staaten wie Polen die internationale Eugenik-Diskussion der Jahre vor 1939 rezipiert und mitvollzogen wurde, stellt ja ein spürbares Desiderat der Forschung dar. Nasierowskis Beitrag kann diese Lücke nicht füllen. Er betont, daß die Mehrheit der polnischen Psychiater, vor allem der polnisch-jüdischen, dem Erblichkeitsparadigma insgesamt kritisch gegenüberstand und die Ablehnung des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« nahezu einhellig war. Nasierowski zitiert etwa die Sachverständigen L. Hirszfeld und H. Hirszfeldowa, die betonten, daß die Entstehung von Erbkrankheiten letztlich auf Umwelteinflüsse zurückgehe und das Problem nur mit den Mitteln einer »breit verstandenen Hygiene«, nicht aber durch Zwangssterilisation zu lösen sei. Daß es jedoch auch andere Stimmen gab, die sich aber mit ihren Gesetzesinitiativen nicht haben durchsetzen können, erwähnt Nasierowski eher am Rande. So zitiert er beispielsweise den Psychiater S. Borowiecki, der 1934 an einem Kongreß der Deutschen Psychiatrischen Gesellschaft in Münster teilgenommen hatte: die »Anerkennung und Bewunderung, die die Aktivitäten des neuen Deutschland in uns wecken«, dürften nicht den Blick für die mystifizierenden Tendenzen der deutschen Politik verkennen. In ähnlicher Form lehnte ein weiterer Psychiater, W. Łuniewski, 1935 die Erbgesundheitsgesetzgebung des nationalsozialistischen Deutschland als rassistisch und dem Individuum gegenüber feindlich ab, forderte aber gleichzeitig die Einrichtung eines Instituts zur Erforschung der psychischen Erkrankungen unter besonderer Berücksichtigung der Erbkrankheiten. Eine Auseinandersetzung mit der »Polnischen Eugenischen Gesellschaft«, die einige polnische Mediziner versammelte und in den dreißiger Jahren mit dem Hygieniker Leon Marek Wernic immerhin den stellvertretenden Generalsekretär der Internationalen Eugenischen Gesellschaft stellte, fehlt völlig.

Diese kritischen Anmerkungen sollen jedoch nicht zu der Annahme verleiten, der Aufsatz Nasierowskis sei wertlos;

ganz im Gegenteil: Er zeigt, daß ausgebildete und die internationale Diskussion verfolgende und mitvollziehende Mediziner trotz deutsch-polnischer Vereinbarung 1934 und der zunehmend faschistischer werdenden Innenpolitik in Polen seit 1934/35 in der Lage waren, die Gesundheits- und Bevölkerungspolitik des nationalsozialistischen Staates als das zu erkennen, was sie war: rassistisch, menschenverachtend und durch den zeitgenössischen wissenschaftlichen Diskurs nur teilweise abgesichert. Hinzu kommt, daß die Bibliographie einen brauchbaren Einstieg in die weitere Arbeit zu diesem Themenkomplex bietet.

Der größte Teil des Buches ist schließlich der Rekonstruktion der Krankenmorde in den einzelnen polnischen Anstalten gewidmet. Mit diesem Kompendium aller Anstalten der »eingegliederten Ostgebiete« und des »Generalgouvernements« wird eine sowohl in der polnischen als auch besonders in der deutschen Literatur spürbare Lücke geschlossen. Während für einige westliche Anstalten inzwischen Studien vorliegen, ist die Entwicklung in den übrigen Anstalten im Westen noch weitgehend unbekannt. Dankenswerterweise umfassen die Kurzstudien zu den einzelnen Anstalten deren Vorgeschichte bis zum Zweiten Weltkrieg; damit wird wertvolles Material für eine Geschichte der psychiatrischen Krankenhäuser in Polen vorgelegt. Auch die Vernichtung der jüdischen Kranken nimmt den gebührenden Platz ein.

Alle späteren Mordaktionen, die Rieß entsprechend seiner thematischen Eingrenzung nicht untersucht hat, wurden im Rahmen der reichsweiten »Aktion T4« organisiert. Der Ablauf war meist der gleiche: Nach der Übernahme durch einen deutschen Mediziner wurden Selektionen durchgeführt, bald darauf wurden die Kranken zur Vernichtung deportiert, nachdem sie mit Skopolamininjektionen ruhiggestellt worden waren. Dies galt auch für das Psychiatrische Krankenhaus im Łódźer Ghetto.

Die Entwicklung im Generalgouvernement unterschied sich teilweise von der in den »eingegliederten Ostgebieten«: Nasierowski beschreibt, daß etwa in der Anstalt Tworki bei Warschau keine Erschießungen stattfanden, sondern durch Hunger getötet wurde. Leider fehlen Angaben darüber, von wem die Initiative zum Mord durch Verhungernlassen ausging und ob das Berliner Büro der »T4« jemals versucht hat, im Generalgouvernement zu intervenieren; dies ist allerdings wenig wahrscheinlich, da das »Generalgouvernement« nicht zum »eigentlichen« Reichsgebiet gehörte. Komplizierter war das Schicksal der Kranken im sowjetisch besetzten Gebiet: So wurden die Patienten des Krankenhauses in Choroszcz bei Białystok, das 1939 zunächst in das sowjetische Besatzungsgebiet gekommen war, im Jahre 1940 in anscheinend tatsächlich ordnungsgemäßer Weise verlegt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurden die verbliebenen Kranken aus der Umgebung nach bekanntem Muster, aber diesmal durch Wehrmachtsangehörige, erschossen.

Beschämend angesichts deutscher Verhältnisse, die Dörner in seinem Eingangsreferat beschreibt, ist die große Zahl von Denkmälern, die nach dem Krieg von Polen für die Opfer der Krankenmorde aufgestellt wurden.

Erst im August 1942 wurde die letzte übriggebliebene jüdische Psychiatrische Klinik in Otwock gleichzeitig mit dem dortigen Ghetto von deutschen und ukrainischen SS-Freiwilligen aufgelöst. Da vorher eine Warnung an die Betroffenen erfolgte, konnten sich manche retten; andere begingen Selbstmord. Einer der verbliebenen Ärzte öffnete die Anstalt und teilte den Patienten mit, was

sie erwarte und daß sie gehen könnten. Gleichwohl wurden noch am selben Tag 108 Menschen erschossen, ein Großteil der übrigen fiel sicherlich der »Evakuierung« zum Opfer.

Auffällig ist, daß, sieht man einmal von der Otwocker Anstalt ab, deren Räumung im Zusammenhang mit der »Endlösung« gesehen werden muß, im Generalgouvernement psychiatrische Anstalten dann geräumt wurden, wenn eine konkrete neue Nutzung, sei es für die Wehrmacht oder wie im Falle von Kobierzyn für die HJ, vorgesehen war. Wo dies nicht der Fall war, ließ man die Kranken wie oben erwähnt verhungern. Erwähnenswert ist schließlich das Schlesische Psychiatrische Krankenhaus Lubliniec, dessen Rolle in der »Kindereuthanasie« bereits aus den Arbeiten Ernst Klees bekannt ist.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Beide Arbeiten verfolgen zum Teil ähnliche, zum Teil unterschiedliche Ziele. Rieß sieht seine Aufgabe in der Analyse der Entscheidungswege, der Motivationen für einzelne Mordaktionen, in der möglichst detailgetreuen Rekonstruktion des Ablaufes. Der Sammelband Jaroszewskis hingegen will vor allem die bislang bekannten Dimensionen des Verbrechens auf polnischem Gebiet zeigen; durch die ausführliche, wenn auch gerade im Bereich der polnischen psychiatrisch-medizinischen und eugenischen Literatur der Zwischenkriegszeit nicht völlig befriedigende Bibliographie und die Listen von Archivalien ist sie neben einer Einführung und einem Einblick in den polnischen Forschungsstand auch durchaus als Grundlage für weitere Arbeiten geeignet. Allerdings wäre dem Verlag zu empfehlen, demnächst Übersetzungen aus dem Polnischen ins Deutsche von (deutschen) Muttersprachlern wenigstens gegenlesen zu lassen: Die deutschen Texte unterscheiden sich in Lesbarkeit und Sinngehalt von den daneben abgedruckten polnischen Originalen teilweise beträchtlich.

Darüber hinaus will der Sammelband durch die namentliche Auflistung derjenigen polnischen Mediziner und Medizinerinnen, die im Versuch, ihre Patienten zu schützen, ihr Leben ließen, »Zeugnis vom echten Wert eines jeden menschlichen Lebens« ablegen.

Michael G. Esch

Frank Hoffer, Perestroika. Die unfreiwillige Zerstörung des sowjetischen Vergesellschaftungszusammenhangs oder warum das letzte Gefecht verloren ging, Metropolis-Verlag, Marburg 1992, 235 Seiten, DM 39,80

HOFFER will mit seiner Bremer Dissertation zu der Antwort auf die Frage beitragen, was angesichts der sowjetischen Realität (der Jahre vor 1991) künftig bei utopischen Entwürfen berücksichtigt werden sollte, und zwar sowohl bei Utopien des Übergangs in eine kapitalistische Wirtschaftsverfassung als auch bei Utopien von deren Überwindung. Sein Ausgangspunkt ist, daß es in der Sowjetunion nicht gelungen sei, »längerfristig stabile eigene Werte und Normen als konsensuale Grundlagen der Gesellschaft zu schaffen« (S. 26). So blieb der Westen normsetzend; die hohe Rationalität der kapitalistischen Gesellschaft konnte jedoch nie erreicht werden, da in der UdSSR kein selbsttragender Rationalisierungszwang durchgesetzt, son-

dern eine niedrige Arbeitskultur perpetuiert wurde. Während im Kapitalismus die Verstreutheit der wirtschaftlichen Entscheidungsmacht eine hohe wirtschaftliche Effizienz gewährleistet, führte die Verstaatlichung in der UdSSR dazu, daß keine sinnvollen Preise mehr festgestellt werden konnten, jede einsehbare Grundlage für die Kalkulation entfiel. Die Betriebsleiter suchten Ressourcenallokation und Preisentscheidungen so zu beeinflussen, daß ihre Betriebe den Plan erfüllten, und da es keine Arbeitslosigkeit gab, sanken »Leistungsdruck und -bereitschaft« (S. 61) der Arbeiter. Innovationsträgheit war ein Kennzeichen des Systems.

Hoffer ordnet den Bolschewismus als charismatische Herrschaft ein, die für die Revolutionszeit mit Politkommissaren für Begeisterung oder doch Engagement sorgte. Im Prozeß der »Veralltäglichung« dieser charismatischen Herrschaft verschwand das Ethos, mit dem am Anfang gearbeitet wurde; die strukturellen Rahmenbedingungen blieben jedoch bestehen. Dies führte dazu, daß auch die Machtinstitutionen nicht rational agieren konnten; oft waren offenbar auch die Mächtigen nicht im Besitz der hard facts oder doch in der Lage, diese Kenntnisse ohne unmittelbare Folgen zu verdrängen. Das Mißtrauen der einfachen Menschen machte eine Kommunikation mit den Parteioberen unmöglich. So befand sich die sowjetische Wirtschaft in einer »tödlichen Abwärtsspirale« (S. 107), die auch durch radikale Maßnahmen — etwa einen Wechsel der Ressourcenallokation aus der Rüstung in die Investitionsquote — nicht mehr gestoppt werden konnte. Deswegen mißlang der Versuch Gorbatschows, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die Lockerung der zentralen Kontrolle der Betriebsentscheidungen führte nicht zu einem rationaleren Wirtschaftsverhalten der Betriebe, da es keine rationalen Preise gab und (auf der nun entscheidenden dezentralen Ebene) kein neuer Eigentümer installiert wurde: »Das Staatseigentum wurde in der Tat völlig herrenlos« (S. 170).

Hoffer legt, durch die Diskussionen in Bremen (insbesondere mit G. Conert), aber auch durch eigene Erfahrung vor Ort geleitet, eine eine große Menge Literatur kritisch ordnende Analyse vor, die verblüffend gut lesbar ist und darüber hinaus viele andere Positionen durch längere Zitate leicht zugänglich macht. Insbesondere die Bestandsaufnahme der sowjetischen Wirtschaft und der sozialen Lage der Bevölkerung vor Beginn der Perestroika (S. 111–146) ist gelungen. Auch sein Schluß ist überzeugend — die Perestroika ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß sowjetische Reformer und westliche Apologeten glaubten, der Kapitalismus sei eben doch die eigentlich »normale« Gesellschaftsform, »die sich bei Beseitigung des künstlich konstruierten sowjetischen Vergesellschaftungszusammenhangs mehr oder weniger spontan ergeben würde« (S. 223), was selbstverständlich nicht der Fall sein konnte. Trotzdem gibt es einige Einwände und eine grundlegende Frage. Die Einwände betreffen Kleinigkeiten wie die, daß die Transkription offenbar dem Duden Leipzig folgt, dies aber nicht benennt — üblich ist er im Westen ja kaum. Wenig überzeugt es, wenn der Autor von »der unzureichenden Konsumgüterversorgung« spricht, ohne das Maß des »zureichenden« zu bestimmen (S. 108), abgesehen von dem Hinweis auf die Systemkonkurrenz auch an dieser Stelle.

Diese geringe Präzision führt zu einer grundlegenderen Frage. Der Vergleich mit dem entwickelten Kapitalismus ist die Achse des Buchs; sowohl was den immer wiederkehrenden Hinweis auf die Irrationalität der Preise im Sozialismus, die Arbeitsproduktivität und auch das

Konsumniveau anlangt. Damit geht der Autor von einer grundsätzlichen Verallgemeinerungsfähigkeit der Regeln des kapitalistischen Zentrums für alle Regionen der Welt aus. Gewiß entspricht Hoffer damit dem Anspruch der Kommunistischen Partei, die ja auch bis zum Schluß von der grundsätzlichen Verallgemeinerungsfähigkeit der sozialistischen Kapitalismuskritik ausging (mutatis mutandis). Die Frage, welche realen Chancen ein halbperipheres Land wie die UdSSR denn eigentlich besaß, bleibt völlig ausgeblendet. D. F. Good hat kürzlich noch einmal darauf verwiesen, daß die ökonomische Hierarchie innerhalb Europas zwischen 1910 und 1987 sich nur wenig geändert hat, daß aber alle europäischen Gesellschaften sich dem Niveau der USA angenähert haben, ohne es zu erreichen (gemessen am Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung): Griechenland stieg von 20,9 auf 34,7 Punkte, Rußland von 26,2 auf 44,0, Deutschland von 49,3 auf 73,4 (D. Aldcroft, St. Morewood, Economic Change in Eastern Europe, Aldershot 1995, p. 232). Mag sein, daß Rußland nach 1991 auf das Niveau von Griechenland absinkt, aber eine reale Chance, zum Niveau von Deutschland aufzusteigen, war auch in der vorsozialistischen Periode kaum erkennbar. Es ging während der Existenz der UdSSR (sieht man von der sowjetpatriotischen Führung und ihren Reden ab) nicht wirklich darum, ob der »real existierende Sozialismus« dem Kapitalismus des Zentrums überlegen sei. Es ging darum, ob eine Wirtschafts- und Sozialverfassung möglich sei, mit der einige der Forderungen der westlichen(!) Demokratiebewegung (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ...) in einem halbperipheren Land realisiert werden könnten. Der Vergleich dieser Wirtschaftsverfassung mit jener der kapitalistischen Kernländer klärt die entscheidende Frage deshalb nur wenig — nämlich die, wie arme Länder in der Weltwirtschaftshierarchie agieren sollten, wenn sie ohne krasse soziale Differenzen und ohne Mafia bestehen möchten.

Hans-Heinrich Nolte

Wolfgang Hien, Chemische Industrie und Krebs. Zur Soziologie des wissenschaftlichen und sozialen Umgangs mit arbeitsbedingten Krebserkrankungen in Deutschland, Wirtschaftsverlag, Bremerhaven 1994, 614 Seiten, DM 69,–

DER Arbeitswissenschaftler und Soziologe Wolfgang Hien, bekannt durch zahlreiche akribisch recherchierte Arbeiten zum Thema »Chemische Industrie und Krebs«, hat eine empirisch und theoretisch sehr spannend zu lesende Publikation vorgelegt, vorsichtig nur als vorläufiges Resümee bisheriger Arbeiten bezeichnet.

Hien betrachtet die Pathogenität der Chemie aus verschiedenen Blickwinkeln, dem Thema entsprechend immer mit skeptischem Blick. Seine Gegenstände, denen er sich zunächst aus problemgeschichtlicher, dann aus aktueller Perspektive nähert, sind: Chemie-Krebs und chemische Werksmedizin. Als weitgehend unbekannte Problemfelder werden diese zum neuen Gegenstand wissenschaftlicher und sozialer Auseinandersetzungen gemacht, die zwischen den Disziplinen Chemie, Technik, Medizin und Soziologie liegen.

Wolfgang Hien untersucht zunächst die arbeits-, sozial- und werksmedizini-

schen Umgangsweisen mit arbeitsbedingten Krebserkrankungen in Deutschland unter den Gesichtspunkten von Kontinuität und Wandel. Im Anschluß daran analysiert er systematisch Forschungen über Chemiegiftee als Ursachen von Harnblasen-, Haut-, Lungen- und Leberkrebs. Beispielhaft hierfür sind zwei Falldarstellungen über Anilinkrebs von Farbenarbeitern und Arsenkrebs von Weinbauern, neben dem Asbestkrebs zählen sie zu den wichtigsten Berufskrebsen. Dabei weist er nachdrücklich darauf hin, daß die präventiven Konzepte der Arbeitsmedizin bis heute nicht auf den Verzicht dieser Gifte ausgerichtet sind.

Hien zeigt, daß die Werksmedizin der chemischen Industrie die Relevanz des Chemie-Krebs-Problems bis heute bagatellisiert und sich statt dessen für eine Aufklärung genetischer Risiken und individueller Dispositionen für Chemie-Krebs von Chemiearbeitern stark macht.

Die aktuelle Bedeutung von chemiebedingten Krebserkrankungen in der Landwirtschaft und in der Allgemeinbevölkerung ist ein weiteres Thema. Im Schlußkapitel wendet sich der Autor den von der Chemie betroffenen Bevölkerungsgruppen zu. Er untersucht ihre Umgangsweise mit dem Risiko, durch Chemiegifte zu erkranken, und plädiert für eine Neuorientierung und Weiterentwicklung sozialhistorischer und soziologischer Forschung, zum Beispiel zur Soziologie des Giftes, der Giftkultur und der Amnesie.

Heidrun Kaupen-Haas

Bruno W. Reimann/Renate Haßel, Ein Ernst Jünger-Brevier. Jüngers politische Publizistik 1920 bis 1933 — Analyse und Dokumentation, Forum Wissenschaft Studien 31, BdWi-Verlag — Verlag des Bundes Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Marburg 1995, 220 Seiten, DM 36,–

VON Zeit zu Zeit macht sich die Geschichte anheischig, den freischaltenden Geist darüber zu belehren, daß er beim Wort genommen werden kann. Worte sind Taten«. So schrieb Friedrich Sieburg 1955 in »Nur für Leser«. Aber wer hat Ernst Jünger je beim Wort genommen?

Bruno W. Reimann und Renate Haßel dagegen sind nun endlich daran gegangen, Jüngers politische Publizistik der Jahre 1920 bis 1933 genau zu dokumentieren und zu analysieren — sie seien dafür um so mehr gepriesen, als es nicht einfach war, Jüngers Artikel zur Beschimpfung der Weimarer Republik und Unterstützung der Nazis zu finden. Denn es versteht sich fast von selbst, daß Jünger — von einer Ausnahme abgesehen — keinen dieser Texte je wieder in seinen gesammelten Schriften nachdrukken ließ. Das kommentierte der 95jährige Autor 1990 im ZEIT-Gespräch mit André Müller mit den Worten: »Was ich da alles losgelassen habe, ich weiß es nicht mehr«.

In Reimanns und Haßels Ernst-Jünger-Brevier kann man es nun alles nachlesen. In der Einleitung stellen sie fest,

daß Jüngers schriftstellerische Produktion in der Weimarer Zeit fast ausschließlich politisch war: 1920 »In Stahlgewittern«, 1922 »Der Kampf als inneres Erlebnis«, 1925 »Das Wäldchen 125 — Eine Chronik aus den Grabenkämpfen 1918«, im selben Jahr »Feuer und Blut — Ein kleiner Ausschnitt aus einer großen Schlacht«, 1931 »Die totale Mobilmachung« und 1932 schließlich »Der Arbeiter«.

Auch die von ihm herausgegebenen Bücher handeln vom Krieg. Die eigenen Bücher schrieb er später um — je nach Lage der Dinge —, ohne den Leser darauf aufmerksam zu machen. Er habe, so schrieb er 1980, den »substantiellen Kern von den akzidentiellen Umständen« befreien wollen. Das freilich war bei den etwa 140 weit verstreuten politischen Artikeln nicht möglich, die Reimann und Haßel »in rechten Gazetten« fanden. Sie sind, bis auf wenige Ausnahmen, in der Tat weithin unbekannt.

Schon dem Leser des »Wäldchens 125« wird übel, wenn Jünger die Revolutionäre von 1918, die Aufständischen der Hochseeflotte »Lumpen« und »Deserteure« und deren literarische Helfer »ein geistiges Zuhältertum und geschäftsmäßiges Literatenpack« nennt, »für das sofort die Prügelstrafe wieder eingeführt werden müßte«. Gleichwohl fällt es der unermüdlichen und sich immer wieder erneuernden Jünger-Gemeinde nicht schwer, ihren Helden lediglich als Seismographen der Weimarer Zeit auszugeben. Dies Buch weist indessen nach, daß Jünger »kein bloßer schriftstellernder Reporter des Zeitgeistes, ... sondern in seinen politischen Agitationen auch Teil des Prozesses selbst« war.

Ab Mitte der 20er Jahre versuchte er eine Art Präzeptor-Rolle zwischen militantem Nihilismus, heroischem Realismus und einem revolutionär daherkommenden Nationalismus einzunehmen. Ernst Niekisch und Karl-Otto Paetel rechneten ihn seit dem »Arbeiter« gar dem nationalbolschewistischen Flügel zu, das Buch selbst zum »deutschen Bolschewismus«. In Wahrheit aber gehörte Jünger keiner der vielen Gruppen an und kann auch keiner zugerechnet werden. Er war ein stramm nationaler Imperialist, durch seine Distanz zum Klassenkampf aber gerade kein Nationalbolschewist. Er hielt letztlich auch zu den Nazis und anderen »Nationalen« einen eigentümlichen Abstand und wich immer aus, wenn es um Entscheidungen ging; gleichwohl glaubten viele, er sei einer der ihren — auch die Nazis. Hitler schätzte ihn hoch. Schon 1923 war sich Jünger nicht zu gut, im Völkischen Beobachter zu schreiben: »Die echte Revolution hat noch gar nicht stattgefunden, sie marschiert unaufhaltsam heran. Sie ist keine Reaktion, sondern eine wirkliche Revolution mit allen ihren Kennzeichen und Äußerungen, ihre Idee ist die völkische, zu bisher nicht gekannter Schärfe geschliffen, ihr Banner das Hakenkreuz, ihre Ausdrucksform die Konzentration des Willens in einem einzigen Punkt — die Diktatur! Sie wird ersetzen das Wort durch die Tat, die Tinte durch das Blut, die Phrase durch das Opfer, die Feder durch das Schwert ... Das sind die Ziele, für die auf unseren Barrikaden gefochten wird!« (Unterhaltungsbeilage Nr. 4 zu Nr. 196 des Völkischen Beobachters vom 23./24. September 1923).

1925 blickt er im Stahlhelm-Jahrbuch 1926 traurig zurück: »Nun, wir haben als Anhänger den plötzlichen Aufstieg dieser Partei erlebt, wir waren in den November-Tagen begeistert dabei, und wir haben den Fehlschlag für einen unerklärlichen Irrtum der Geschichte gehalten.«

Im selben Jahr meint er freilich, die Geschichte kenne »keine Irrtümer, sie kennt nur Tatsachen, und das ist gut so«. Nicht genug damit, daß Jünger in Hitler

den »vielleicht größten deutschen Redner«, den »neuen Führertypus« sah: Im »Wäldchen 125« redet er auch der Gewalt das Wort: »Der behördlich wohl geregelte Patriotismus ebenso wohl wie die Kräfte, die sich ihm entgegenstellen, müssen von einem dämonisch aus allen Schichten auflodernden Glauben an Volk und Vaterland verschlungen, jeder anders Fühlende muß mit dem Brandmal des Ketzers behaftet und ausgerottet werden. Wir können gar nicht national, ja nationalistisch genug sein« (2. Aufl. 1926, S. 185).

Da sagen Reimann und Haßel zu Recht: »Das ist die Schizophrenie des deutschen (Schreibtisch-)Täters: vornehm, Liebhaber der Musen, zugleich Vorbereiter des politischen Mords am Schreibtisch.« Aber sie bauen sogleich vor und stellen fest, daß mit all dem, worüber sie berichten, Jünger nicht zum Urheber des Nationalsozialismus werde. Man darf es indessen rund heraus sagen: Jünger war zwar kein praktizierender Nazi, aber als Verächter der Weimarer Demokratie einer der fatalsten Steigbügelhalter Hitlers — und man muß hinzufügen, daß er das weder damals wollte noch heute weiß. 1925/26 arbeitete Jünger für »Die Standarte«, der Sonderbeilage des »Stahlhelm«, danach in »Standarte«, der »Wochenzeitschrift des neuen Nationalismus«. Nach deren Verbot ging er zum »Arminius«, der »Kampfschrift für deutschen Nationalismus«, und ab Herbst 1927 wurde er Mitherausgeber der Zeitschrift »Der Vormarsch«, die kurz zuvor von Kapitän Erhardt ins Leben gerufen worden war. Die Brigade Erhardt hatte 1920 am Kapp-Putsch teilgenommen, und im selben Jahr war Erhardt Gründer der berüchtigten »Organisation Consul«, jener Gruppe, die die Ermordung Erzbergers, Rathenaus und des bayerischen Abgeordneten Gareis und die Attentate auf Scheidemann und Maximilian Harden auf dem Gewissen hatte. 1930 wurde Jünger Mitherausgeber der Wochenzeitung »Die Kommenden«.

Reimann und Haßel untersuchen die 140 Artikel unter allen Jüngerschen Aspekten, zuerst nach »Leben — Kampf — Krieg — Opfer«, dann nach »Aufklärung, freiem Geist, Liberalismus, dem europäischen und modernen Leben«, »Nationalismus«, der »deutschen Revolution und der nationalen Bewegung«. Bombastische Redewendungen werden darin von Hohlheiten und platten Klischees abgelöst, von schludrigem und miserablem Stil und, da muß man sogar Nicolaus Sombart recht geben, von Formulierungen »aberwitziger Verschrobenheit und Verquollenheit der Gedankenführung« — und des Rassismus: »Zur Schicksalsgemeinschaft gehört aber auch ein Neger, der vom Beginn des Krieges in Deutschland überrascht, von der Brotkarte bis zur Steckrübe in unseren Leidensweg hineingezogen wurde. Eine ›Schicksalsgemeinschaft‹ in diesem Sinne bilden die Passagiere eines untergehenden Dampfers im Gegensatz zur Blutsgemeinschaft der Mannschaft eines Kriegsschiffes, das mit wehenden Flaggen versinkt.«

Immer ist vom Krieg als der Ursituation der menschlichen Selbstbegegnung die Rede. Sogar die Materialschlacht ist Jünger ein »Vorgang von höchstem ideellem und sittlichem Wert«. Und so ist es kein Wunder, daß er 1927/28 meint: »Es entspricht der Abnahme an dämonischer Kraft, daß zunächst der Angriffskrieg und dann der Krieg überhaupt als unsittlich empfunden wird«. Aber: »Zufriedene Leute werden selten gute Krieger sein«, beklagt er sich im selben Aufsatz. Jünger macht aus dem Krieg eine schwärmerische Veranstaltung des deutschen Idealismus — und deshalb interessiert er sich auch an keiner Stelle für die

Verteilungskämpfe und die Machtpolitik der Wirtschaft.

Ihm geht es um etwas anderes: »Auch wenn dieser Krieg keinen anderen Sinn — und jeder, der in einem solchen Ereignis etwas Sinnloses sieht, kann nur ein glatter Bursche sein —, auch wenn er keinen anderen Sinn gehabt hätte als den, die Völker Europas den Liberalismus in sich überwinden zu lassen und ein neues Lebensgefühl in ihnen zu erwecken, wäre keiner der Millionen Toten umsonst gefallen.«

Das Neue sollte ein Opfergang der nächsten Generation sein; die Gefallenen des Weltkrieges waren nur die »ersten Hinübergehenden in das Reich der Deutschen, das in uns kommen will« (1928). Da versteht es sich nachgerade von selbst, daß Jünger die Juden, die Freimaurer, den »Jesuitismus« und den »Amerikanismus«, die Aufklärung, ein »geistiges Franzosentum« und ein »Europäertum« fast genauso verabscheut wie die Demokratie der Weimarer Republik, die durch einen rein nationalistischen Staat ersetzt werden soll: »Wir sehen im Kommunisten unseren besten Vorarbeiter, mag er das Gebäude ins Wanken bringen, mag er den parlamentarischen Komplex innerlich zersetzen und lächerlich machen, unsere Arbeit wird dann um so leichter sein.«

So ist es gekommen, und Jünger kann von sich sagen, daß er ein Stück Wegs dahin gepflastert hat. In all den Artikeln wabert es von Krieg, Mutterboden und Blut — und jeder darf fragen, wie viel distanzierter der vornehme, feinsinnige Jünger denn den Nazis stand als zum Beispiel die eleganten Herren des Auswärtigen Amts und der Reichswehr, die sich zwar auch vor den SA- und anderen Rabauken ekelten, aber weiter Karriere machten. Jünger jedenfalls hat bei Albert Leo Schlageter, dem Ruhr-Attentäter und Helden der Nazis, keine Berührungsängste, weil eben »das durchaus Männliche ... zu allen Zeiten das eigentlich Bedeutende und Wirkliche« ist. So erwartet er schon 1925 die große Führerpersönlichkeit, den großen Politiker: »Energie, Verstand und Rasse, das werden seine drei großen Eigenschaften sein«. Mussolini wäre ihm schon recht gewesen. Aber eigentlich täten dem Deutschen zwei Tyrannen not: »Ein äußerer, der ihn zwingt, sich der Welt gegenüber als Deutscher zu fühlen, und ein innerer, der ihn zwingt, sich selbst zu verwirklichen« — was das auch immer heißen mag.

Im selben Jahr — 1927 — prophezeit Jünger, es werde sich herausstellen, »daß die Idee des Nationalsozialismus größer ist als die nationalsozialistische Organisation, was wiederum praktisch zu der Möglichkeit führen wird, die Organisation zu erweitern«. Hitler hat den Rat befolgt — allerdings nicht auch den, »die nationalsozialistische Idee« zu vertiefen. »Gelingt das — und welcher Nationalist sollte nicht von ganzem Herzen hoffen, daß es gelingt — so werden allerdings die Begriffe Nationalsozialismus und Nationalismus immer mehr zusammenschmelzen.« 1929 wünscht er »dem Nationalsozialismus von Herzen den Sieg; wir kennen seine besten Kräfte, deren Begeisterung ihn trägt, und deren Wille zum Opfer über jeden Zweifel erhaben ist«.

Gegen Ende des Buches verlieren die Autoren streckenweise die Nerven und können mit dem Zitieren nicht mehr aufhören — sie sind wohl so erschöpft und angewidert wie ihre Leser, die bei all den »Blutgemeinschaften« Mühe haben, ihre Selbstbeherrschung zu behalten. Hier begegnet man dem schieren Faschismus, ohne daß die führende Herrschaftspresse und all die Jünger-Sympathisanten, zu denen auch Rolf Hochhuth gehört, heute revidierend davon Notiz nähmen; sie meinen, es sei jeder aus dem Schneider,

der sich 1933 den Nazis nicht angeschlossen hat. Jünger ist und bleibt für sie ein ehrenwerter Mann.

Heinrich Senfft

Johannes Agnoli, Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik, Ça ira Verlag, Freiburg i. Br. 1995, 280 Seiten, DM 25,–
Joachim Bruhn/Manfred Dahlmann/Clemens Nachtmann (Hg.): Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag, Ça ira Verlag, Freiburg i. Br. 1995, 200 Seiten, DM 30,–

DER Freiburger Ça ira Verlag bemüht sich verdienstvollerweise um die Edition der gesammelten Schriften von Johannes Agnoli. Dessen »Transformation der Demokratie« bildet den ersten Band. Vor dem zweiten erschien der dritte: »Der Staat des Kapitals«. Er enthält Gelegenheitsschriften im guten Wortsinn: Sie wurden dem Autor zwischen 1968 und 1990 zu jeweils konkretem Anlaß abverlangt und stellen Interventionen in Selbstverständigungsprozesse der intellektuellen Linken dar. Genau besehen, galt dies schon für die Schrift zur »Transformation der Demokratie«: Diese war ein Beitrag zur Parlamentarismusdebatte insbesondere des SDS in den sechziger Jahren. Der operative Bezug besteht auch dort, wo er nicht auf den ersten Blick erkennbar erscheint. In dem Band »Der Staat des Kapitals« gilt dies für den Eröffnungsaufsatz »Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit«. Er erschien Anfang 1990 in »konkret«, als diese Zeitschrift den Gründungsversuch einer »Radikalen Linken« unterstützte.

»Der Staat des Kapitals«: dieser Titel ist tatsächlich eine treffende Charakterisierung der in diesem Band versammelten Aufsätze. Die Methode, mit welcher Agnoli zu einem solchen Ergebnis kommt, ist die »Kritik der Politik«, das heißt: deren Zurückführung auf ihre ökonomisch bedingte Herrschaftsfunktion. Das gelte auch für den demokratischen Verfassungsstaat. In den Auseinandersetzungen über die Berufsverbote warnte Agnoli deshalb davor, lediglich die angeblich gebrochene Verfassung zu kritisieren und eine »authentische« einzufordern: auch diese sei juristischer Ausdruck von bürgerlicher Herrschaft. Allerdings wäre totale Negation falsch: »Wer die Grundrechte als bloße Embleme einer bürgerlichen Ideologie betrachtet, der sei daran erinnert, daß ihre Inhalte (wenngleich heute ausgehöhlt und zum Teil fiktiv geworden) doch Elemente der konkreten Utopie einer kommunistischen Zukunft bilden« (S. 196). Autonomie des Politischen ist ausschließlich denkbar als dessen Selbstaufhebung: »Sie besteht vielmehr nur bei einer von Grund auf verwirklichten Unabhängigkeit der Politik vom allgemeinen Kapitalverhältnis. Und das will heißen: das Politische ist wirklich autonom nur als Revolution, als Praxis, die die Logik der kapitalistischen Entwicklung durchkreuzt und alle Subsumption unter die Verwertung aufhebt« (S. 22 f.).

Wird Politik als abhängige Variable und Form von Klassenherrschaft erkannt, folgt daraus die Destruktion jener dominanten Variante von Politologie, die davon absieht. Dies ist der ernste Kern lustiger Allotria, welche Agnoli mit Accessoires des Fachs treibt. In einer Danksagung an die Übersetzerinnen und Übersetzer derjenigen Beiträge, die zu-

nächst auf italienisch erschienen waren, merkt er an, daß Metaphern sich kaum von einer Sprache in eine andere transportieren lassen, und fährt fort: »Schwieriger ist es mit den Begriffen. Von ihnen meint man irrtümlicherweise, sie besäßen Internationalität. Nicht einmal die Mathematik kann sprachliche Barrieren überwinden. Eine Lösung böte sich mit dem Gebrauch des Englischen an — aber eine schiefe Lösung, denn erstens ist Englisch in beklemmender Weise begriffsarm; und zweitens weiß ich dies nur von Anderen, da ich selbst des Englischen nicht mächtig bin« (S. 9). Dies darf schreiben, wer Zutat und Substanz wissenschaftlicher Arbeit zu unterscheiden vermag, offensichtlich eine gute klassische Bildung besitzt und — in diesem Fall: ein Italiener in Deutschland, ein deutscher Professor a.D. in Italien, in beiden Ländern publizistisch aktiv — nicht in den Verdacht der Provinzialität geraten kann.

Einige ältere Artikel hat Agnoli offensichtlich inhaltlich aktualisiert, zugleich aber zeitbedingte evidente Fehleinschätzungen stehenlassen, sie also nicht nachträglich weggeschönt. Beispiele für das erste Verfahren sind die Aufsätze »Der Strukturwandel des Staates im Spätkapitalismus« von 1978 und »Der Rechtsstaat. Spätkapitalismus und deutsche Erfahrung« (1982). Hier argumentiert Agnoli gegen die Rede von der »Zivilgesellschaft« (S. 154, 157, 160), die in den Erscheinungsjahren der beiden Schriften weder ein Mode- noch überhaupt ein aktuelles Thema war.

Die gelassene Reproduktion einer früheren Fehleinschätzung findet sich an einer Stelle des nunmehr in einer Überarbeitung von 1975 wieder abgedruckten Aufsatzes »Revolutionäre Strategie und Parlamentarismus« aus dem Jahr 1968: »Daß die Arbeiterklasse als eigenständige politische Macht sich auch hier bei uns rekonstruiert, läßt sich allenthalben schon feststellen« (S. 91). Angesichts der gewerkschaftlichen Offensiven 1969 bis 1974 war dies richtig, als Prognose nicht. In einer Fußnote schreibt Agnoli in diesem Zusammenhang: »Mir scheint, daß die Butzbacher Kommunisten den Weg der Klassenautonomie bis jetzt am eindeutigsten gezeigt haben« (S. 120). Diese Bemerkung stammt offensichtlich aus der Fassung von 1975. Die 1973 aus der DKP verdrängten Kommunisten der hessischen Kleinstadt Butzbach waren eine durch ihre theoretischen Ausarbeitungen, ihre praktische Kommunalpolitik und ihr soziales Profil — u.a. Menschen aus nichtakademischen Berufen mit Studium — hochinteressante Gruppe, aber kein Beispiel für beginnende massenhafte proletarische Autonomie.

Niemand, der seit dreißig Jahren linke Politik mit Prognose zu verbinden versucht, hat solche Fehleinschätzungen vermeiden können. Sie tangieren nirgends die Ergebnisse eines Denkens, das dort am stärksten ist, wo nicht Erwartungen geäußert, sondern Illusionen zerstört werden — eben »Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit«.

Mit »Geduld und Ironie« überschrieben Joachim Bruhn, Manfred Dahlmann und Clemens Nachtmann einen Sammelband anläßlich des siebzigsten Geburtstags von Johannes Agnoli. Damit nannten sie eine Eigenschaft und eine Fähigkeit des Jubilars, die — und das werden sie selbst gewußt haben — gegenüber ihrem Buch ebenfalls vonnöten sind. Festschriften sind unvermeidlich qualitativ uneinheitlich, und eine Kritik einiger schwacher Beiträge (auch prominenter Autoren), die sich hier ebenso finden wie anderswo, ist in der Regel leicht zu haben. Um so mehr Aufmerksamkeit verdienen zwei sehr selbständige, neue Gedanken enthaltende Artikel.

Ekkehard Krippendorf verweist am Beispiel von Schillers »Wallenstein« darauf, daß die großen Staatsdramen Beiträge zur Analyse von Politik waren, und dort, wo diese Kontinuität aufweist, könnten auch allgemeine Züge des Politischen sichtbar gemacht werden. Diese Art von Dichtung sei somit »politischer als die Politikwissenschaft«.

Den besten Aufsatz hat Ilse Bindseil beigesteuert. Sie analysiert Agnolis Arbeit »Die Transformation der Demokratie« von 1967, erwähnt einleitend Frank Böckelmanns 1966 erstmals erschienene Schrift »Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit« und formuliert eine Hypothese: »Wer etwa den Verdacht hegt, daß die Studentenbewegung sich der europaweiten Liquidierung des Sozialismus trotz des von ihr entfesselten Klamauks nicht nur nicht entgegenstemmen konnte, sondern an dieser Entwicklung möglicherweise sogar einen erheblichen Anteil hat, wird nicht umhinkönnen, sich gerade mit diesen beiden Werken, die nicht nur die Errungenschaften der APO, sondern auch ihre Irrtümer spiegeln, auseinanderzusetzen« (S. 133).

Agnoli hält sie vor, daß er bei der Untersuchung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik die Wirtschaft als Black box behandelt, so daß auch die Beziehung beider nicht konkret genug bestimmt werden könne: »Herrschaft avanciert zu ihrem eigenen Zweck« (S. 140). Nun versteht sich Agnoli tatsächlich nicht als Ökonom. Auf diesem Gebiet bewegt er sich erkennbar (und bewußt) als Fremder, was sich denn auch an in seinen Texten auftauchenden beiläufigen Fehlern zeigt. So behauptet er in »Der Staat des Kapitals«, der Übergang zum angeblich »normalen« Arbeitstag habe »am Anfang der englischen Kapitalakkumulation« stattgefunden (S. 31). Dies war erst lange nach dem Ende der dortigen industriellen Revolution der Fall. Auch die von ihm für die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts vermutete »immer deutlicher werdende Verschiebung im Kapital von der Vorherrschaft des Finanzkapitals zur Durchsetzung des Industriekapitals« (S. 86) läßt sich nicht verifizieren. Bindseil formuliert spitz: »Bei Agnoli kann man studieren, was passiert, wenn selbst unter einem taktischen Gesichtspunkt der marxistische Politologe als Politologe operiert« (S. 139). Die Rücksichtnahme, welche sie ihm unterstellt, bestehe darin, daß er die Politikwissenschaft nicht dem »Verdacht ihrer Überflüssigkeit« aussetze (S. 138).

Als Methodenkritik sind Bindseils Einwände treffend, für ihren Verdacht, Agnolis Blindstelle sei in ein Verhältnis zu einem Anteil der Studentenbewegung an der Liquidierung des Sozialismus zu setzen, bringt sie aber letztlich kein Argument. Mit dieser Ankündigung eines Beweises, der dann ausbleibt, hat sie sich übernommen. Ihre Stärke besteht darin, daß sie sichtbar macht, wo, wer an Agnoli anknüpft, über ihn hinausgehen muß. Epigonen braucht er nicht.

Georg Fülberth